

6. Politische Reformen und Legitimationskrise der KPdSU

Bereits auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU 1987 schlug Gorbačev konkrete politische Reformmaßnahmen vor, wie die Aufstellung mehrerer Kandidaten bei den Wahlen der Parteisekretäre oder die geheime Abstimmung in Parteikomitees, womit er damals noch auf starke Widerstände bei den ZK-Mitgliedern stieß. Im Sommer 1987 wurde dann in den 15 Unionsrepubliken die örtlichen Sowjets gewählt, wobei erstmals mehr Kandidaten zur Wahl standen, als Mandate zu vergeben waren. An die Notwendigkeit der Stärkung der Rolle der Sowjets und der Veränderung des Wahlsystems erinnerte Gorbačev auch in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution am 2. November 1987 und führte diese Gedanken mit Nachdruck auf dem ZK-Plenum im Februar 1988 fort.⁷²⁴ Der Beschluss der radikalen politischen Reformen wurde schließlich unter Einfluss der geschilderten Sommer-Ereignisse (Wachsen der Gegengesellschaft, Nina-Andreeva-Affäre) auf der ersten außerordentlichen Parteikonferenz seit 1941 im Juni 1988 gefällt und mit den ersten freien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress im März 1989 fixiert. Es handelte sich dabei um die Konsequenzen, die die Gorbačev-Führung aus der kritischen Situation in der Union zog, vor allem, um die der KPdSU noch verbleibende Macht und Vertrauensbasis nicht zu verlieren. Doch mit den Wahlen zum Volksdeputiertenkongress brach sich zum ersten Mal die Anti-Establishment-Stimmung Bahn. Rasch und populistisch wurde diese in antikommunistische Emotionen transformiert. Die ersten öffentlichen Diskussionen des Volksdeputiertenkongresses und die Radikalisierung der gesellschaftlichen Bewegung offenbarten schließlich das tiefe Wertevakuum, das sich vor Sowjetbürgern auftat, die kaum zu überwindbare Krise der Partei und des Systems. Diese Aspekte werden im folgenden Abschnitt verbunden mit den Fragen analysiert, welche Bedeutung dabei den Ideen von Demokratie, von politischen und bürgerlichen Freiheiten sowie von Rechtsstaatlichkeit zukam, inwiefern diese an Zustimmung gewannen und das Selbstverständnis der Union sowie ihren politischen Reformkurs veränderten.

6.1 Die XIX. Parteikonferenz

Auf dem ZK-Plenum am 23. Mai 1988 erfolgte die Annahme der zehn Thesen zur XIX. Parteikonferenz, die eine Art Zwischenbilanz der Perestroika darstellten und als Grundkonsens der „kollektiven Führung“ den Ausgang der politischen Refor-

⁷²⁴ Text: Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt. Referat auf der gemeinsamen Festsitzung des Zentralkomitees der KPdSU, des Obersten Sowjets der UdSSR und des Obersten Sowjets der RSFSR im Kongreßpalast des Kremls anlässlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, 2. November 1987, in: Gorbatschow, Reden, S. 521–571; Der revolutionären Umgestaltung – eine Ideologie der Erneuerung. Rede auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 18. Februar 1988, in: Ebd., S. 615–649; zu politischen Reformen siehe Darstellungen bei: Altrichter, Der Zusammenbruch, S. 536–542, 552–560; Brown, Der Gorbatschow-Faktor, Kapitel 6.

men bildeten. Hauptsächlich von Gorbatschow persönlich verfasst,⁷²⁵ spiegelten sie in erster Linie seine Haltung zur Anti-Perestroika-Plattform der Konservativen wider und die Tendenz zur Vertiefung des Reformprozesses. Mit der Haupterneuerung, dem Projekt eines neuen Volksdeputiertenkongresses und einer Einführung präsidentieller Strukturen, wartete Gorbatschow allerdings aus taktischen Gründen noch ab.⁷²⁶

So enthielt die *erste* These ein Bekenntnis zu Glasnost und dem entstandenen Meinungspluralismus, warnte jedoch vor „einer politischen Konfrontation“ und nannte angesichts des Einparteiensystems, „das sich in unserem Lande historisch ergeben und behauptet hat“, die Erforderlichkeit der Schaffung eines „ständig wirkenden Mechanismus der Gegenüberstellung von Meinungen, Kritik und Selbstkritik in Partei und Gesellschaft“. Von „radikalen Wirtschaftsreformen“, die sich erst in einer Aufbruchphase befänden, sprach die *zweite* These und identifizierte zugleich die Ursachen bisheriger Fehlentwicklungen in dem „konservativen, rückständigen Denken“, in „bürokratischer Haltung“ staatlicher Wirtschaftsorgane. Diese *drei* nannte die Notwendigkeit der „Aktivierung des intellektuellen und geistigen Potenzials der Gesellschaft“ sowie der „Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“, während die *vierte* These das Erfordernis einer Reform des politischen Systems mit dem Ziel, „die breiten Massen der Werktätigen in die Verwaltung aller staatlichen und gesellschaftlichen Belange wirklich einzubeziehen und die Errichtung des sozialistischen Rechtsstaates zu vollenden“, unterstrich. Noch weiter gingen die nächsten zwei Thesen. Diese *fünfte* enthielt die Gedanken von der Trennung der Partei- und Staatsfunktionen, von der Begrenzung der Amtszeit bei allen Wahlämtern, von der Aufstellung mehrerer Kandidaten mit dem Ziel der Wiederherstellung der „Grundsätze der Kollektivität und innerparteilichen Demokratie“. Diese *sechste* fasste die Idee der Aufwertung der Rolle der Sowjets u. a. durch die Ausweitung des politischen Einflusses und der Effektivität der Volksvertretungen durch „maximale Erweiterung“ der Publizität und Offenheit, durch das Prinzip der Inkompatibilität mehrerer Ämter der Abgeordneten eines Sowjets, durch Begrenzung der Wahlämter auf zweimal fünf Jahre und die finanzielle Eigenständigkeit der Sowjets. Die *Siebte* These trug der sich verschärfenden Nationalitätenproblematik Rechnung und sprach über die Notwendigkeit der „Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der sowjetischen Föderation“, die auf dem „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ beruhe. Die Tendenz zu mehr Demokratie spiegelte die bereits erwähnte These *acht* wider, die zum ersten Mal den Bürger zu einem unabhängigen Subjekt aufwertete und den Staat zur Garantie der „Rechte und Freiheiten der Sowjetmenschen“ verpflichtete. Auch die *neunte* These zollte eher dem liberalen Parteiflügel Tribut, ging sie doch auf eine der vielen neuen Herausforderungen der kommunistischen Partei ein: auf

⁷²⁵ Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ I, S. 997.

⁷²⁶ Veröffentlicht wurden die Thesen in *Pravda* vom 24. 5. 1988; vgl. hierfür wie für das Folgende: Altrichter, Russland, S. 40–54; Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“, I; Ders.: Gorbatschow am „Rubikon“ II. Verlauf, Ergebnisse und Folgen der Allunionistischen Parteikonferenz der KPdSU, in: Osteuropa, 1988, S. 1059–1090.

den illegalen Charakter der informellen Gruppen, für deren Tätigkeit in nächster Zeit eine Rechtsgrundlage geschaffen werden sollte. Somit wurde von der obersten Machtstelle zum ersten Mal überhaupt die Existenz unabhängiger Initiativen anerkannt. Eine formelle Anerkennung wurde darin aber nur jenen versprochen, die sich im Rahmen der Verfassung betätigten und der Entwicklung der sowjetischen sozialistischen Gesellschaft nicht zuwiderhandelten, was nur auf einen geringen Teil der Gesellschaft zutraf. Die letzte, *zehnte*, These verurteilte die vergangene Außenpolitik und war insofern von Brisanz, als sie indirekt einen Angriff auf den Hauptverantwortlichen der sowjetischen außenpolitischen Praxis vor Ševardnadze auf den damaligen Außenminister und Mitglied des Politbüros, Andrej Gromyko, darstellte. Er gehörte zu den Sympathisanten von Nina Andreeva und war zusammen mit Ligačev am wenigsten mit der Höherbewertung der allgemeinemenschlichen Prinzipien und Menschenrechte über die Dogmen des Marxismus-Leninismus bzw. dem Klassenprinzip einverstanden. Dass das Klassenprinzip in den zehn Thesen „ungenügend zum Ausdruck komme“, beklagte Gromyko in der Auseinandersetzung im Politbüro am 19. Mai 1988, die der Verabschiedung der Thesen vorausgegangen war und die „kollektive Führung“ weiter polarisierte.⁷²⁷ Nach Gračevs Darstellung habe man schließlich auf Ligačevs Beharren hin die Erwähnung der „Universalität der Menschenrechte“ in den Thesen durch den Verweis auf die „Klasseninteressen“ als Grundlage sowjetischer Außenpolitik ins rechte Licht rücken wollen, um dann auf beide Formulierungen zu verzichten.⁷²⁸ Im einleitenden Bericht zur XIX. Parteikonferenz korrigierte sich jedoch Gorbačev, indem er die frühere Außenpolitik einer scharfen Kritik unterzog und die allgemeinemenschlichen Werte als den „Angelpunkt“ des „Neuen Denkens“ bezeichnete. Während ein Teil der Diskutanten bei den Versammlungen der Ersten Sekretäre der Gebietskomitees, die vom 11. bis zum 18. April 1988 stattfanden, sowie bei der Annahme des Thesenentwurfs am 23. Mai den politischen Meinungspluralismus der Thesen lobte, vermissten die anderen eine mangelhafte Stärkung der Stellung der KPdSU und ein stärkeres Bekenntnis zum Einparteiensystem.⁷²⁹ Die Annahme der Thesen erreichte Gorbačev schließlich, indem er auf personelle Veränderungen im ZK durch die Parteikonferenz verzichtete.⁷³⁰

Waren die parteiinternen Meinungsdivergenzen bei der Verabschiedung der 10 Thesen noch zu verbergen, so wurden sie von den Delegierten öffentlich und in einer nie zuvor gewesenen Schärfe während der vier Tage zwischen dem 28. Juni und dem 1. Juli 1988 auf der XIX. Parteikonferenz ausgetragen. Gorbačev leitete die Konferenz mit einem Bericht ein, dem die 10 Thesen zugrunde lagen.⁷³¹ Die

⁷²⁷ V Politbjuro, S. 377.

⁷²⁸ Gračev, Gorbachev's Gamble, S. 165.

⁷²⁹ Siehe gekürzte Diskussion in: V Politbjuro, S. 312–350, 378–388.

⁷³⁰ Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ I, S. 997.

⁷³¹ Text sowie die Debatten der Konferenz in: XIX vsesojuznaja konferenzija; folgende Darstellung beruht außerdem auch auf den folgenden Arbeiten: Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ II; Altrichter, Russland, S. 40–54, 78–81; Hain, Partei und Staat, S. 52–74.

darauf folgenden Diskussionen reflektierten in erster Linie die mentalen Verschiebungen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft, die Bandbreite der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten des eingeschlagenen Reformprozesses. Statt der üblichen Selbstbelobigungen enthielten die meisten Beiträge der Delegierten Kritik: an der wirtschaftlichen Lage, die sich weiterhin im Zustand der Stagnation befand (L. Abalkin); an Bürokratismus und Zentralismus (V. Bakatin); am Gesundheitssystem (E. Čazov); an der zu weit gehenden Pressefreiheit und „Sensationslust“ mancher Publizisten und Intellektuellen (E. Ligačev, Ju. Bondarev) und an den informellen Gruppen des nichtsozialistischen Profils (G. Kolbin). Eine Sensation, die sofort in die westliche Presse gelangte,⁷³² waren die vom Parteichef der Komi-Republik, Vladimir Mel'nikov, vorgebrachten Anklagen gegen den formal höchsten Mann im Staate, den Staatspräsidenten Andrej Gromyko, gegen den Vorsitzenden des Parteikontrollkomitees, Michail Solomencev (beide Mitglieder des Politbüros), gegen den Chefredakteur der Parteizeitung *Pravda*, Viktor Afanas'ev, und gegen den Direktor des einflussreichen USA- und Kanada-Instituts, Georgij Arbatov, denen der unbekannte Delegierte aus der Provinz vorwarf, „aktiv an der Politik der Stagnation“ in der Brežnev-Ära beteiligt gewesen zu sein. Daher forderte er diese zum Rücktritt auf. Außergewöhnlich war, dass Gorbachev kein Wort zu ihrer Verteidigung einlegte.⁷³³ Der Vorsitzende einer Agrarvereinigung aus dem Gebiet von Tula, Vasilij Starodubcev, verlangte die Bekanntgabe der Namen jener Verantwortlichen, die „menschliche Gesetze mit Füßen getreten haben“.⁷³⁴ Der Schriftsteller Grigorij Baklanov verurteilte die Besetzung Afghanistans, während der Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen am Hindukusch, Generalleutnant Boris Gromov, diese verteidigte.⁷³⁵ Über Wirtschafts-, Versorgungs- und ökologische Probleme in Nižnij-Tagil, verbunden mit der Aufforderung konkreter Eingriffe und Programme, berichtete der Arbeiter eines Metallurgiebetriebs, der Delegierte Veniamin Jarin.⁷³⁶ Zum ersten Mal wurde von einem Parteivertreter, von dem georgischen Parteichef Džumber Patiašvili, das unter Stalin entstandene sowjetische Herrschaftssystem als „totalitär“ bezeichnet.⁷³⁷ Vom Fabrikdirektor Viktor Postnikov aus der Heimatregion von Gorbachev, Stavropol', kam die Aufforderung, sich aller Gegner der Reform zu entledigen.⁷³⁸ Viele Delegierte wussten über die Absurditäten der Planwirtschaft zu berichten und verurteilten die Allmacht der zentralen Ministerien. Sogar der eher als konservativ geltende Erste Sekretär der Lettischen KP, Boris Pugo, appellierte an die Delegierten, mehr Autonomie für die Republiken zu gewähren und die Lösung nationaler „Ungleichheiten“ durch einen neuen Mechanismus der Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Republiken anzustreben, um die „wahre Souve-

⁷³² Vgl. z. B. Frankfurter Rundschau vom 1. 7. 1988, S. 1f.

⁷³³ XIX vsesojuznaja konferencija, Bd. 2, S. 8–14.

⁷³⁴ Ebd., Bd. 1, S. 276–279.

⁷³⁵ Ebd., Bd. 2, S. 20–27.

⁷³⁶ Ebd., Bd. 1, S. 257–261.

⁷³⁷ Ebd., S. 271–276.

⁷³⁸ Ebd., S. 252–257.

ränität jeder Bruderrepublik“ zu garantieren.⁷³⁹ Dass die Nationalitätenprobleme ohne Neuregelung der föderativen Strukturen der Union nicht zu lösen seien, erklärten auch die Parteichefs anderer Republiken: Der Erste Sekretär der Litauischen KP, Ringaudas Songaila, Vladimir Mel'nikov aus der Komi-Republik, der Parteichef Georgiens Dšumber Patiašvili, der Parteichef der Moldauischen KP Semen Grossu und Vaino Väljas, der als Parteichef der Estnischen KP ein von der estnischen Delegation überreichtes Paket an Maßnahmen vorstellte.⁷⁴⁰

Die größte Herausforderung der Perestroika, ihren eigendynamischen und zum Teil schon außer Kontrolle geratenen Verlauf, brachte der Vorsitzende des sowjetischen Friedenskomitees Genrich Borovik in einer eindrucksvollen Parabel zum Ausdruck. Er führte den am Tag zuvor vom Stellvertretenden Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes der RSFSR, Jurij Bondarev, bildlichen Vergleich der Sowjetunion mit einem aus dem Sumpf emporgestiegenen und ziellos kreisenden Flugzeug fort. „Bislang kreisen wir scheinbar immer noch über dem Sumpf. Lange kann es aber nicht mehr gehen – unser Brennstoff geht aus. Zurück in den [Sumpf] dürfen wir aber auch nicht – es würde den Untergang bedeuten. [...] Wir brauchen eine Marschroute“, appellierte Borovik an die Delegierten mit der Aufforderung, diese auszuarbeiten. „Und das Schwierigste sei“, setzte er seinen Vergleich fort, „wir müssen das Flugzeug im Flug und zwar so erstklassig umbauen, dass in Zukunft kein Halt mehr an den ausländischen Treibstofftankstellen notwendig sein wird“.⁷⁴¹

Viele Redner nahmen kein Blatt mehr vor den Mund und ließen sich auf Dispute ein, die noch ein Jahr zuvor in dieser Form und Schärfe unvorstellbar gewesen wären. Die neue Offenheit der innerparteilichen Kontroversen und Polarisierungen gipfelte in der Auseinandersetzung zwischen Boris El'cin und Egor Ligačev sowie in dem Disput über die Meinungs- und Pressefreiheit. El'cin wiederholte seine radikale Position zur Reformpolitik und bat, auf die Ereignisse des Herbstes 1987 rekurrierend, um eine „politische Rehabilitierung“. Wie die Informellen, brandmarkte er den Wahlprozess der Delegierten als „undemokratisch“, übte scharfe Kritik an dem planlosen Verlauf der bisherigen Reformen, warnte vor dem neuen Personenkult, forderte Meinungsvielfalt und Transparenz innerhalb der Partei, mehr sozialistische Gerechtigkeit ohne Ausnahmen, die Reduzierung des ZK-Apparates und den Ausschluss von „Bremsern“, die kein anderer als Ligačev verkörperte.⁷⁴² Darauf folgend geißelte Ligačev die mangelnde „Bedachtsamkeit“ der Reformen, die zu weit gehende Kritik an der sowjetischen Vergangenheit und an den Privilegien der Parteifunktionäre, er griff namentlich das Wochenblatt *Moskovskie Novosti* an und beschuldigte auch andere Zeitungen des „Nihilismus“. Selbst wenn er gleichzeitig behauptete, man sei sich im Politbüro einig, es gebe keine Fraktionen, keine „Konservativen“ und keine „Reformer“, war

⁷³⁹ Ebd., S. 243–248.

⁷⁴⁰ Ebd., S. 340ff., 266ff., 271ff.; Bd. 2, S. 38ff., 70ff.

⁷⁴¹ Ebd., Bd. 1, S. 316–320.

⁷⁴² Ebd., Bd. 2, S. 55–62.

sein Auftritt das Bekenntnis eines Orthodoxen.⁷⁴³ Seine Beteuerungen konnten nicht mehr über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Partei bereits auf dem Weg der Auflösung war. Die kontroversen Debatten der Konferenzdelegierten demonstrierten, wie weit mittlerweile die Ansichten innerhalb einer Partei auseinanderklafften. Dabei reflektierten ihre Beiträge eindrucksvoll den sich vollziehenden Wandel innerhalb der sowjetischen Gesellschaft, das Nebeneinander der inkompatiblen Werte und Lebensmodelle: Während ein Teil der Redner gegen die liberale Presse mit den Argumenten ins Feld zog, sie sei „extremistisch“, „amoralisch“, mit ihren negativen Berichten über den Parteiapparat „einseitig“, sie betreibe nichts anderes als die „Erniedrigung des Volkes“, wobei zu ihrem unmittelbaren Angriffsfeld der anwesende Delegierte und Hauptredakteur der Illustrierten *Ogonek*, Vitalij Korotič, wurde (so Ju. Bondarev, V. Karpov, B. Olejnik), stellten die anderen das westliche Prinzip der Pressefreiheit über die sozialistische Ideologie und verteidigten es als ein notwendiges Gegengewicht zur Partei, als Garant der Unumkehrbarkeit der Perestroika, und warnten vor der Gefahr des Rückfalls in die Diktatur (G. Arbatov, M. Ul'janov, G. Baklanov, V. Afanas'ev). Der Chefredakteur der Zeitschrift *Znamja*, Grigorij Baklanov, forderte eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes über die Presse- und Meinungsfreiheit, mit dem man gegen die falsche Informationsverbreitung hätte vorgehen können. Seine provokative und an alle Anwesenden gerichtete Frage, „haben wir uns denn wirklich schon am allerersten Tropfen der Freiheit verschluckt, dass wir vor lauter Husten nicht mehr sprechen können?“, sowie die darauf folgende Feststellung, „wir haben noch keine Demokratie, wir fangen erst damit an, sie zu erlernen“,⁷⁴⁴ lösten viel Lärm und Empörung unter den Delegierten aus.

Gorbačev verteidigte die Meinungsfreiheit, indem er den Ideenpluralismus duldete und im Schlusswort Glasnost zu der „Hauptheldin“ der Konferenz erklärte. Er überließ dennoch die Diskussionen nicht dem Selbstlauf, sondern hielt sie im Rahmen des Zumutbaren, um sie dort abrupt zu beenden, wo der Streit auszufern schien.⁷⁴⁵ Trotz der unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der Partei beharrte er weiterhin auf der Alternativlosigkeit des Einparteiensystems. Insofern blieb eine der zentralen Forderungen des „Gesellschaftlichen Auftrags“ der Informellen Moskaus an die Delegierten ungehört. Auch die darin verlangte Anerkennung der informellen Gruppen wurde mit den Beschlüssen der XIX Parteikonferenz nicht umgesetzt. Der Partei teilte Gorbačev noch mehr denn je die Aufgabe zu, eine „Politische Avantgarde der Gesellschaft“ zu werden und die unterschiedlichen sozialen Gruppen zu integrieren. Um sie von den „ihrem Wesen nach fremden Funktionen“ zu befreien, wurden die Wiederherstellung ihrer Macht und die „Wiederbelebung“ der Sowjets zum Hauptziel der politischen Reformen erklärt, die nun einen „strukturellen Charakter“⁷⁴⁶ annahmen. In diese Richtung

⁷⁴³ Ebd., S. 82–88.

⁷⁴⁴ Ebd., Bd. 2, S. 20–23.

⁷⁴⁵ Vgl. Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ II, S. 1070.

⁷⁴⁶ Altrichter, Russland, S. 81.



XIX. Parteikonferenz, 28 Juni 1988. Auf dem Foto von links nach rechts: Jigor Ligačev, Aleksandr Jakovlev und Michail Gorbatschow.

(Quelle: Archiv von Alexander Jakovlev/Internationales Fond „Demokratija“)

wies der unerwartete Vorschlag von Gorbatschow, den Vorsitz des reorganisierten Sowjets mit dem Amt des Ersten Parteisekretärs in einer Personalunion zu vereinbaren, was eine Machtkonzentration in einer Person, in dem Fall bei Gorbatschow selbst, bedeutete. Die Funktionstrennung zwischen Partei- und Staatsaufgaben, eine Begrenzung der Amtsperioden in Staat und Partei, die Zweiteilung der Legislative und die Änderung des Wahlgesetzes, welches jetzt eine Mehrkandidatenaufstellung und eine geheime Abstimmung vorsah, waren die zentralen Ergebnisse dieser Konferenz. Sie sollten vor allem eine Stärkung der Sowjets durch ihre Kompetenzerweiterung garantieren, jedoch keinesfalls die Suprematie der Partei berühren. Die bisherige Volksvertretung wurde in den aus 2250 Volksdeputierten bestehenden Kongress und den aus zwei gleichberechtigten Kammern, dem Unionsrat und dem Nationalitätenrat, bestehenden Obersten Sowjet aufgespalten, wobei der Volkskongress als Legislativorgan dem früheren Sowjetkongress entsprechen und neben der Partei die Richtlinien der Politik bestimmen sollte. Seiner Zuständigkeit habe die Wahl des Obersten Sowjets zu obliegen, der trotz verkleinerter Form (von bisher 1500 auf nur 542 Mitglieder) dem früheren Zentralen Exekutivkomitee vergleichbar blieb. An der Spitze des Staates sollte der vom Kongress gewählte Vorsitzende des Obersten Sowjets stehen und die Funktion eines Staatspräsidenten innehaben.⁷⁴⁷

Die Gesetzesentwürfe hierzu wurden kontrovers diskutiert. Die endgültige Fassung konnte erst auf dem ZK-Plenum im November 1988 gebilligt werden, wobei auch bei den anschließenden Sitzungen des Obersten Sowjets bis zum Tage der Verfassungsänderung am 1. Dezember 1988 abweichende Meinungen mit den

⁷⁴⁷ Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ II; ausführlich zu den Verfassungsänderungen siehe Hain, Partei und Staat, S. 67–74; Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems I, in: Osteuropa, Nr. 39, 1989, S. 603–617; zu den Ergebnissen der Konferenz siehe auch: Grotzky, Johannes: Die XIX. Parteikonferenz der KPdSU in Moskau, in: Europa-Archiv, Folge 16, 1988, S. 459–464.

Vorwürfen an Gorbachev Hand in Hand gingen, viel zu viel Macht durch die Besetzung der neuen Stellung des „Staatspräsidenten“ zu erlangen.⁷⁴⁸ Die Erweiterung seiner persönlichen Machtstellung erreichte Gorbachev jedoch noch vor der Einführung des neuen Amtes. Im Herbst 1988 verloren diejenigen „Konservativen“ ihre Posten, die auf der XIX. Parteikonferenz am meisten kritisiert wurden und sich dem weiteren Reformprozess offensichtlich widersetzen: Andrej Gromyko und Michail Solomencev schieden aus dem Politbüro aus, den Status der Politbürokandidaten verloren Vladimir Dolgich und Petr Demitschew, Egor Ligačev wurde von seiner Stellung als Zweiter Sekretär zum Leiter der Kommission für Landwirtschaft degradiert, und Gorbachev selbst übernahm am 1. Oktober 1988 das Amt des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR von Gromyko. Das April-Plenum der KPdSU 1989 verabschiedete noch 80 weitere Personen, die in den Stagnationsjahren hohe Posten bekleidet hatten.⁷⁴⁹

Mit der Teiländerung der Unionsverfassung vom 1. Dezember 1989 fiel dem Kongress der Volksdeputierten der UdSSR die Stellung des „höchsten Machtorgans des Landes“ (Art. 108) zu, der damit eine weit gespannte Kompetenz eines „Gesetzgebungs-, Verfügungs- und Kontrollorgans“ erhielt. Die Gesetze und Verordnungen der UdSSR konnten laut neuer Regelungen vom Volkskongress mit absoluter Mehrheit der Stimmen verabschiedet werden. Er verfügte nun über die Kompetenz zur „Annahme der Verfassung der UdSSR und ihrer Änderung“ sowie zur Aufhebung der Akte des Obersten Sowjets der UdSSR. Auch dem aus den Reihen des Kongresses gewählten und ihm rechenschaftspflichtigen Obersten Sowjet wurde das Recht zur Verabschiedung von Gesetzen und Verordnungen der UdSSR zuerkannt, sofern sie nicht im Widerspruch zu den vom Volkskongress verabschiedeten „Gesetzen und anderen Akten“ ständen. Somit hatten der neue Kongress der Volksdeputierten und der neue Oberste Sowjet eine echte parlamentarische Funktion auszuüben, trotz des Widerspruchs, der sich aus ihrer Abhängigkeit von der KPdSU infolge des Einparteiensystems ergab.⁷⁵⁰ Ihnen kam die Aufgabe zu, die KSZE-Verpflichtungen der Sowjetunion gesetzgeberisch zu implementieren.

Obwohl manche Hoffnungen der informellen Gruppen an die XIX. Parteikonferenz unerfüllt blieben, stellten der Verlauf der Konferenz und die Ergebnisse eine Zäsur, den Übergang zur tatsächlichen Demokratisierung, dar.⁷⁵¹ Die Debat-

⁷⁴⁸ Meissner, Gorbatschows Umbau I.

⁷⁴⁹ Diese Umstellungen bildeten nur einen Teil des Umbaus des ZK-Apparates. Seine Reorganisation lief ganz nach Elcins Forderungen auf der XIX. Parteikonferenz auf eine Verschlan-
kung hinaus, in deren Folge die Schlüsselpositionen neu besetzt wurden und einige ZK-
Abteilungen ganz verschwanden. Vgl. Altrichter, Russland, S. 80; Meissner, Gorbatschow am
„Rubikon“ II, S. 1089; Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems III, in: Ost-
europa, 1989, S. 874–883.

⁷⁵⁰ Ausführlich zu den Verfassungsänderungen vom Dezember 1988 siehe: Meissner, Boris: Die
erste Phase der Verfassungsreform Gorbachevs und ihre Auswirkungen auf das Verhältnis
von Partei und Staat, in: Recht in Ost und West. Zeitschrift für Rechtsvergleichung und in-
nerdeutsche Probleme, H. 7, 1989, S. 385–395.

⁷⁵¹ Vgl. Altrichter, Russland, S. 40.

ten der insgesamt 70 Redner, deren Wortlaut zum ersten Mal mithilfe der Medien unverändert in die Öffentlichkeit gelang, erinnerten viel mehr an Parlamente westlicher Demokratien als an die Konferenz einer kommunistischen Partei. Sie führten vor Augen, dass es im Parteiestablishment keine Einigkeit mehr gab, weder über den Reformkurs noch über das Verständnis des „Sozialismus“ oder der „Demokratie“. Die Ideenvielfalt der Konferenz, das veränderte innerparteiliche Wahlverfahren, das die Mehrkandidatenaufstellung und die geheime Abstimmung vorsah, waren dem Sowjetsystem fremde Elemente. Zusammen mit den Reivirements im Parteiapparat bescherten sie den Reformern und der politisierten Gesellschaft einen neuen Aufschwung. Die Konservativen versetzten sie in die Abwehrhaltung. Ab da „begann sich“, mit den Worten der Zeitzeugin dieses Wandels, Galina Vochmenceva, gesprochen, „die Verteilung der Kräfte im Lande zu verändern: Die Wasserscheide verlief allmählich nicht mehr nur ausschließlich horizontal zwischen der Partei- und Staatsführung einerseits und den ‚Volksmassen‘ andererseits, sondern auch vertikal, zwischen den Anhängern und Gegnern der ‚Perestroika‘“.⁷⁵² Unterstützt wurde diese Tendenz durch die geschilderte Dynamisierung des gesellschaftspolitischen Diskurses und durch die reaktionäre Antwort der Konservativen darauf.

Diese Polarisierung schlug sich auf die gesellschaftspolitische Bewegung nieder, deren national-patriotischer und neostalinistischer Anteil auch zu wachsen begann.⁷⁵³ Mit den ersten freien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress im März

⁷⁵² Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 52f.; vgl. auch Igrunov, *Öffentlichkeitsbewegungen*, S. 97.

⁷⁵³ Für einen Teil der Bevölkerung waren inzwischen Perestroika genauso wie das Vordringen der „westlichen Massenkultur“ in die UdSSR, die zuweilen mit dem Zionismus gleichgesetzt wurde, unannehmbar; demonstriert wurde hingegen die Anhängerschaft zum Sozialismus oder eine radikale, d. h. die antiliberalen Form des Patriotismus. Die bekanntesten und einflussreichsten Vertreter dieses ideologischen Flügels stellten die zahlreichen Ableger der „Gedenken“-Bewegung dar, die zum Teil mit den altstalinistischen Dogmatikern aus dem Parteiapparat zusammenwirkten. Auch die erwähnte Lehrerin Nina Andreeva gründete im Mai 1989 die Vereinigung „Einheit – für Leninismus und kommunistische Ideale“. Als eine „nichtformale Organisation“ trat sie für den „Schutz Lenins vor Verleumdung und Angriffen“ und für die „Wiederherstellung der historischen Wahrheit über Stalin“ ein. Im Juli 1989 wurde in Leningrad die „Vereinigte Front der Werktätigen der UdSSR“ formiert, bei deren Gründungskongress Andreeva anwesend war. Auch diese Gruppe vertrat eine dogmatische Linie des Marxismus-Leninismus. Ferner entstanden in Moskau und in den anderen Städten eine Reihe kleinerer marxistischer Vereinigungen, die sich sogar als Parteien bezeichneten und eigene Informationsblätter vervielfältigten. In Moskau waren es die „Kommunistische Partei der Arbeit“ und die „Kommunistische Partei der Werktätigen“, während in Kazan' die „Marxistische Arbeiterpartei – Partei der Diktatur des Proletariats“ aktiv war und der KPdSU eine „Rückkehr auf den bourgeois Weg“ vorwarf. In den baltischen Republiken formierten sich verschiedene „Interfronten“ als Bollwerke nationaler Volksfronten, deren Hauptanliegen darin bestand, die Einheit der Union und die führende Rolle der KPdSU zu erhalten. Einen Überblick zu den national-patriotischen bzw. national-bolschewistischen Vereinigungen bieten: Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 90–94; zur „Vereinigten Front der Werktätigen“ siehe auch Semina: *Po zakonom graždanskogo vremeni*, in: Pečen'jov/V'junickij, *Neformaly*, S. 163–186; zu marxistischen Bewegungen: *Panorama* Nr. 11, 1989, S. 3; Nr. 3, 1990, S. 8; zu den Interfronten am Beispiel der „Lettischen Internationalen Front der Werktätigen“ siehe: *Panorama* Nr. 8, 1989, S. 7.

1989 wurden der politische Pluralismus, aber auch die Krise der KPdSU und der Verlust der „alten“ Werte und Normen manifest.

6.2 Die Wahlen zum Volksdeputiertenkongress 1989 – eine Massenmobilisierung gegen das Parteiestablishment

Am 26. März 1989 stimmten rund 89,8% der Sowjetbürger über die 1500 Direktmandate (von insgesamt 2250, also zwei Drittel der Kongressdeputierten) in den territorialen und national-territorialen Wahlkreisen ab. Laut dem novellierten Wahlgesetz hatten neben den Arbeitskollektiven und gesellschaftlichen Organisationen erstmals die Versammlungen der Wähler vor Ort das Recht, einen Kandidaten aufzustellen. Zum ersten Mal war auch die Aufstellung mehrerer Kandidaten möglich. Insgesamt wurden 2895 Kandidaten registriert, von denen sich 2850 in den 1500 Wahlkreisen zur Wahl stellten. In fast zwei Drittel (952) der Wahlkreise standen zwei Kandidaten zur Wahl, in 149 drei oder mehr Kandidaten und in 399 war nur ein Kandidat registriert. Damit hatte es in jedem vierten Wahlkreis keine Änderungen gegenüber der „alten“ Wahlpraxis gegeben, was vor allem auf die mittelasiatischen Regionen der UdSSR zutraf. Unter den 1958 der 2250 gewählten Volksdeputierten befanden sich 242 Parteilose – nur 12,4%. Betrug der Anteil der Kommunisten unter den 1984 gewählten Deputierten 71,4%, so lag er infolge dieser weitgehend demokratischen Wahlen bei 87,6%.⁷⁵⁴

Auf den ersten Blick ging die KPdSU als Gewinnerin aus dieser Wahl hervor. Gleichwohl sagte diese Statistik nichts darüber aus, dass einige Abgeordnete trotz ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei zuweilen einander ausschließende politische Meinungen vertraten. Die Zahlen verschwiegen auch, dass die Ersten Sekretäre verschiedener Ebenen und andere Führungskräfte, insbesondere in Moskau und Leningrad, peinlich spektakulär bei den Wahlen gescheitert waren – trotz der allzu oft vorgenommenen Manipulationen vor Ort zu ihren Gunsten und trotz offensichtlich in das novellierte Wahlgesetz eingebauter Mechanismen, welche die Kandidaten des Apparates durchbringen sollten. Für das Scheitern des Machtapparates stand auch der triumphale Sieg des prominenten Kritikers, Boris El'cins, mit 89,4% der Stimmen im Moskauer Wahlkreis.⁷⁵⁵ Um sich der Ausmaße der Niederlage der herrschenden Partei und ihrer Ideologie auf der einen und der gleichzeitig wachsenden Popularität ihrer Kritiker sowie der politischen Bedeutung der unabhängigen gesellschaftlichen Initiativen auf der anderen Seite be-

⁷⁵⁴ *Izvestija* vom 5. 4. 1989; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 69; ausführlich zur Geografie der Wahlen siehe: Kolosov, V.A./Petrov, N.V./Smirnjagin, L.V. (Hrsg.): *Vesna 89. Geografija i anatomija parlamentskich vyborov*, Moskau 1990; vgl. auch Šubin, *Paradoksy*, S. 330.

⁷⁵⁵ Außer El'cin hatte der Untersuchungsrichter Tel'man Gdljan, der zusammen mit Nikolaj Ivanov für die Verfolgung von Korruptionsfällen im Parteiapparat und für die Kritik an dem Politbüromitglied Egor Ligačev bekannt worden war, mit 86,6% die höchste Stimmenzahl. Zum Ablauf und zu den Ergebnissen der Wahlen siehe: Altrichter, *Russland*, S. 150-157; Papp, Anatolij/Pribylovskij, Vladimir (Hrsg.): *Vybory – 1989. Moskovskoe Bjuro informacionnogo obmena*, Moskau 1993.

wusst zu werden, sind die rechtlichen Ausgangsbedingungen der Wahlen und die Phase der Wahlkämpfe (26. Dezember 1988–25. März 1989) mit dem anschließenden Wahlvorgang zu betrachten.

Von den insgesamt 2250 Abgeordneten des Volksdeputiertenkongresses waren dem neuen Wahlgesetz zufolge 750 von gesellschaftlichen Organisationen zu delegieren⁷⁵⁶ und 1500 von der Bevölkerung direkt zu wählen. Die 1500 Mandate waren über die Wahlen in den 750 territorialen und in den 750 territorial-nationalen Wahlkreisen zu vergeben. Das Recht zur Aufstellung von Kandidaten stand den gesellschaftlichen Organisationen, den Arbeitskollektiven, den Militärangehörigen in den Truppenteilen und erstmals den Wählerversammlungen der ortsansässigen Bevölkerung zu. Die Aufstellung von mehreren Kandidaten war jedoch nicht verpflichtend, ihre Registrierung durch die Bürgerversammlungen hindernisreich. Kritik rief nicht nur die Tatsache hervor, dass die zahlreichen unabhängigen gesellschaftlichen Organisationen gar kein Recht dazu erhalten hatten, sondern auch die offensichtliche Ungleichheit und die Halbfreiheit der Wahl, welche die Parteikandidaten begünstigte. So war der KPdSU von vornherein ein Teil der Deputierten zugesichert, und eine unterschiedliche Anzahl von Volksdeputierten stellten Organisationen zur Wahl, die der Partei unterstellt waren. Eine noch größere Kritik zog das hindernisreiche Prozedere der Aufstellung und der Registrierung der Kandidaten vor Ort auf sich. Demnach mussten mindestens 500 Wahlberechtigte an der Wählerversammlung im Wohnort teilnehmen, um einen Kandidaten vorschlagen zu können, und mehr als die Hälfte musste für den Wahlvorschlag gestimmt haben. Ferner bedurfte es einer Bestätigung durch eine Kreisvorwahlversammlung, die vom Parteiapparat beherrscht wurde und allzu offenkundig die Filterfunktion für die unerwünschten Kandidaten erfüllte, während die Registrierung der Kandidaten der Wahlkommission des Wahlkreises oblag. Gewählt war, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der Wähler erhielt. Eine Stichwahl war für die zwei Kandidaten vorgesehen, die aus der ersten Wahlrunde mit der Teilnahme mehrerer Kandidaten mit den meisten Stimmen hervorgegangen waren.⁷⁵⁷

Die neue Regelung wurde insbesondere von den gesellschaftlichen Bewegungen kritisiert, die mehrheitlich, aber vergebens die Aufstellung ihrer eigenen Kandidaten von der Partei einforderten.⁷⁵⁸ Um dennoch Einfluss auf die Ergebnisse der

⁷⁵⁶ Von den 750 Mandaten entfielen jedoch je 100 auf die KPdSU, auf die Gewerkschaftsverbände und auf die Genossenschaftsorganisationen, je 75 auf den Verband der Kommunistischen Jugend, auf das Komitee sowjetischer Frauen, auf die Organisationen der Kriegs- und Arbeitsveteranen. 75 Mandate waren zusammen für die Vereinigungen der Wissenschaftler, für den Verband der Wissenschaftler- und Ingenieurgesellschaften der UdSSR sowie für die Alluniongesellschaft der Erfinder und Rationalisatoren, weitere 75 für die Verbände der Kulturschaffenden und 75 für andere offiziell anerkannte gesellschaftliche Organisationen vorgesehen. Zum neuen Wahlgesetz bzw. zu seinen Modalitäten siehe: VVS SSSR 1988, Nr. 49, Art. 727, 729; Altrichter, Russland, S. 138f.; RL, Report, Vol. 1, Nr. 4, 1989, S. 9–11.

⁷⁵⁷ Ebd.; mehr zur Aufteilung der Wahlkreise siehe Kolosov/Petrov/Smirnjagin, Vesna 89, S. 20–57, 144–158, 215–224.

⁷⁵⁸ Dies war ja auch die zentrale Forderung des „gesellschaftlichen Auftrags“ an die XIX. Parteikonferenz, vgl. Kapitel 5.1 der hier vorliegenden Arbeit.

Wahlen nehmen zu können, unterstützten die informellen Gruppen die Aufstellung von Kandidaten ohne Parteifunktion in den Betrieben und in den Arbeitskollektiven, organisierten die Bürgerversammlungen in den Wahlkreisen und schlossen sich in vielen Städten zu Wahlklubs und Wahlblöcken zusammen. In Moskau organisierten sich mehrere informelle Gruppen mit starker Mitwirkung der „Moskauer Volksfront“ und „Memorial“ zur „Moskauer Wählervereinigung“,⁷⁵⁹ während in Leningrad die Gruppe „Wahlen-89“⁷⁶⁰ aktiv war. Kleinere Wählervereinigungen und ähnliche Zusammenschlüsse waren in den einzelnen Wahlkreisen und in den peripheren Städten der Union tätig.⁷⁶¹ Sie organisierten Bürgerversammlungen, stellten die parteiunabhängigen Kandidaten auf, agitierten nach der Nominierungsphase für die „Eigenen“ und gegen die Parteikandidaten mit Flugblättern, öffentlichen Veranstaltungen, Hausbesuchen und Demonstrationen. Obwohl solche Initiativen über keine technischen Mittel verfügten und ihre Aktivitäten permanent durch den lokalen Machtapparat gehindert wurden, waren sie durchaus erfolgreich und zogen mit ihren hierarchielosen Strukturen ohne feste Mitgliedschaft eine Vielzahl informeller Gruppen und Einzelpersonen unterschiedlicher politischer Ausrichtung an. Das gemeinsame Ziel, bestimmte Kandidaten aufzustellen und die „Wahl ohne Wahl“ in den Wahlkreisen mit nur einem Kandidaten des Parteiapparates zu boykottieren, entfaltete offensichtlich eine einigende Wirkung.

Um die Aufstellung der Kandidaten „von unten“ zu verhindern, bediente sich der Parteiapparat einer Reihe rechtswidriger Methoden. Die bürokratische Verschleppungstaktik, die Nichtbereitstellung von Räumlichkeiten für die Versammlungen, das Vortäuschen der Aufstellung alternativer Kandidaten und der kurzfristige Rücktritt der angeblichen „Gegner“, die Manipulationen bei der Kreisvorwahlversammlung oder die Druckausübung auf die unerwünschten Gegenkandidaten waren dabei die beliebtesten Mittel.⁷⁶² Sie fruchteten allerdings nur bedingt und schürten vor dem Hintergrund einer allgemeinen sozioökonomischen Krise⁷⁶³ und der oben geschilderten Demokratisierungsrückschläge

⁷⁵⁹ *Panorama*, Nr. 4, 1990, S. 8.

⁷⁶⁰ Im Komitee waren vor allem Mitglieder von Vereinigungen wie die Leningrader „Alternative“, „Perestroika“ und „Memorial“ vertreten. Vgl. Zdravomyslova, E.A./Temkina, A.A.: *Izbiratel'skaja kampanija i obščestvennoe dviženie v Leningrade*, in: Papp/Pribylovskij, Vyborny – 1989, Teil 2, S. 1–17.

⁷⁶¹ *Panorama*, Nr. 3, 1989; Berichte zu den einzelnen Stadtgebieten siehe bei Papp/Pribylovskij, Vyborny – 1989, Teil 1 und 2.

⁷⁶² Kolosov/Petrov/Smirnjagin, *Vesna 89*, S. 64ff.; Papp/Pribylovskij, Vyborny – 1989, Teil 1, S. 5–9.

⁷⁶³ Eine der größten Krisenerscheinungen der Perestroika an der Jahreswende 1988/1989 manifestierte sich im ökonomischen Bereich. Versorgungsprobleme mit Lebensmitteln und den Gütern des alltäglichen Bedarfs, Angst vor Preisanstieg und Inflation, ökologische Probleme und andere auf menschliches Versagen zurückzuführende Desaster wurden zu dieser Zeit für die Sowjetbürger allgegenwärtig. Eine mit Hilfe der *Literaturnaja Gazeta* durchgeführte Umfrage hatte z. B. ergeben, dass die größte Schwierigkeit des Landes in der Verschlechterung des Handels mit Industriewaren (88% der Befragten) und in der Versorgung mit Lebensmitteln (66% der Befragten) gesehen wurde. Zaslavskaja, Tatjana: Soziale Aspekte der „Perestrojka“, in: Europa-Archiv, Folge 17, 1989, S. 513–524, hier S. 518; vgl. auch Altrichter, Russland, S. 126ff.

Ende 1988/Anfang 1989 in der Bevölkerung nur noch mehr Protest gegen den Parteiapparat. Umso leichter fiel es den Wählervereinigungen unter solchen Bedingungen für die „Streichung aller Apparatschiks“ zu agitieren, insbesondere dort, wo die Registrierung der unabhängigen Kandidaten misslang.⁷⁶⁴ Wie die Ergebnisse des ersten Durchgangs der Wahlen zeigten, machten von dieser Methode so viele Wähler Gebrauch, dass in 198 Wahlkreisen ein zweiter Wahldurchgang für den 14. Mai 1989 angesetzt werden musste. Bei den 76 Wahlkreisen, in denen mehr als zwei Kandidaten angetreten waren und keiner 50% erzielt hatte, mussten am 2. und 9. April 1989 Stichwahlen zwischen den bestplatzierten Kandidaten abgehalten werden. Aber auch bei diesen Wahlen wurden überwiegend Kandidaten bevorzugt, die sich gegenüber der Partei und dem System kritisch zeigten. In Moskau wurde bereits in der ersten Wahlrunde in 10 von 26 Wahlkreisen die erforderliche Stimmenanzahl nicht erreicht. Zu den Gescheiterten zählten der Oberbürgermeister Valerij Sajkin und der Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in der DDR, General Boris Snetkov. Von 21 Leningrader Deputierten konnten nur 9 beim ersten Durchgang gewählt werden. Zwar konnte sich der Oberbürgermeister Leningrads, Vladimir Chodyrev, sehr knapp behaupten, der Gebietspartei- und Politbüro kandidat Jurij Solov'ev, der sich sogar einen komfortablen Wahlkreis ohne Gegenkandidaten hatte einrichten lassen, sowie der Stadtpartei- und Staatsführung auch in anderen Städten und Republiken. Im Baltikum setzen sich diejenigen Kandidaten durch, die von den jeweiligen Volksfronten aufgestellt oder von ihnen unterstützt wurden.⁷⁶⁵

Angesichts der Tatsache, dass der Apparat sich durch das neue Wahlgesetz und die ihm zur Verfügung stehenden technischen Mittel in einer deutlich vorteilhafteren Position gegenüber den informellen Initiativen und ihren Kandidaten befand, drücken diese Ergebnisse in erster Linie die tiefe Legitimitätskrise der kommunistischen Herrschaft aus. Sie dokumentieren außerdem, wie groß die mobilisierende Wirkung war, die mittlerweile von den informellen Gruppen auf die Bevölkerung ausging. Mit Sacharovs Worten gesprochen,

„geschah etwas, dass sogar wir [die Dissidenten vor Perestroika – A.], die wir früher einen einsamen und aussichtslos scheinenden Kampf mit sehr begrenzten Zielen führten, nicht zu hoffen gewagt hatten: Das immer wieder betrogene, unter den Bedingungen allgemeiner Heuchelei, Korruption, Vetterwirtschaft und Gesetzlosigkeit dahinvegetierende Volk erwies sich plötzlich als *lebendig*.“⁷⁶⁶

⁷⁶⁴ Einige Flugblätter mit entsprechendem aufklärenden Inhalt zur Streichung von Partei-Kandidaten (Streichung nur durch eine „gerade horizontale Linie“) sind bei Papp/Pribylovskij, Vybyry – 1989, abgedruckt; siehe z. B. Teil 2, S. 13f., 34, 60–62, 86.

⁷⁶⁵ Eine ausführliche Statistik zu den jeweiligen Wahlen bzw. Nachwahlen mit dem Verzeichnis der Deputierten ist in *Izvestija* vom 5. 4., vom 15. 4., vom 20., 24. und 26. 5. 1989 zu finden. Vgl. auch: Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems II. Zweiter Akt – Die begrenzten Wahlen zum „Volkskongress?“, in: Osteuropa, 1989, S. 702–719, hier S. 715; Alt-richter, Russland 1989, S. 150–157.

⁷⁶⁶ Sacharow, Mein Leben, S. 831.

So vermeldete die Zentrale Wahlkommission Ende Januar, dass es für die 1500 Mandate in den territorialen und den national-territorialen Wahlkreisen 7558 Nominierungen und damit für jeden Sitz mehr als fünf Kandidaten gegeben habe. Bedenkt man, dass jeder Nominierung wenigstens eine Versammlung von mindestens 500 Bürgern und der organisatorische Einsatz informeller Klubs, Einzelaktivisten sowie Wählervereinigungen vorausgegangen waren, sind die Ausmaße der politischen Mobilisierung als beispiellos zu bewerten.⁷⁶⁷ So hatte allein der Kandidat Sergej Stankevič aus dem Moskauer Wahlkreis Čeremuški ungefähr 300 [sic!] Helfer.⁷⁶⁸ Wählerveranstaltungen, Demonstrationen und Mahnwachen bestimmten trotz obrigkeitlicher Verbote (Verordnungen vom Sommer 1988) vielerorts das Straßenbild. In Moskau, Leningrad, Kiev, Saratov, Sverdlovsk, Krasnojarsk, Minsk, Kazan' usw. protestierten mehrere Tausende gegen die Aufstellung konservativer Kandidaten bzw. Kandidaten des Parteiapparates.⁷⁶⁹ In Leningrad standen seit Anfang März täglich Mahnwachen des Komitees „Wahlen-89“ neben der Metrostation Lomonosovskaja mit Plakaten, die dazu aufriefen, gegen die offiziellen Kandidaten des Parteiapparates, gegen den Parteivorsitzenden des Leningrader Gebietes, Jurij Solov'ev, und gegen den Vertreter des Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Leningrader Stadtsowjets, Aleksej Bol'šakov, zu stimmen. Beide Kandidaten scheiterten bereits bei der ersten Wahlrunde, am 26. März 1989. Tausende versammelten sich hingegen in der Öffentlichkeit, um ihre Unterstützung für die Reformer, vor allem Boris El'cin, Jurij Afanas'ev und Vitalij Korotič, zu bekunden.⁷⁷⁰ Fast alle öffentlichen Veranstaltungen entwickelten sich seit Jahresbeginn zu Unterstützungs- oder Gegenkampagnen für bestimmte Kandidaten, wobei El'cin zum Publikumsliebbling und zum Inbegriff des Antiestablishments wurde. Erstmals am 18. März 1989 sollen fast 10 000 Moskauer zu seiner Unterstützung demonstriert und doppelt so viele am nächsten Tag vor dem Moskauer Stadtrat „El'cin! El'cin!“ skandiert haben, nachdem man gegen ihn auf dem ZK-Plenum im April ein Parteiordnungsverfahren wegen dessen positiver Äußerungen zum politischen Pluralismus eingeleitet hatte.⁷⁷¹ Flugblätter, teilweise in Gedichtform gehalten, schmückten Häuser, Metrostationen und Pfosten, wurden überall verteilt und aufgeklebt. Der Parteiapparat warf sie sogar mit dem Hubschrauber ab.⁷⁷² Radio, Fernsehen und Zeitungen räumten den Bewerbern

⁷⁶⁷ Altrichter, Russland, S. 148.

⁷⁶⁸ Vgl.: Izbiratel'naja kampanija Stankeviča, http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remeni/1114673915.html#1.

⁷⁶⁹ *Vesti iz SSSR* 1989: 3-17, 3-18, 5/6-7, 5/6-19, 5/6-22, 7/8-31, 7/8-34; Papp/Pribylovskij, Vyborny – 1989, Teil 2.

⁷⁷⁰ *Vesti iz SSSR* 1989: 5/6-15, 5/6-16.

⁷⁷¹ *Vesti iz SSSR* 1989: 5/6-15; Šubin, Predannaja, S. 273.

⁷⁷² Es war sogar von einem „Krieg“ der Flugblätter-Verteiler die Rede: Sobald eine Gruppe ihre Flugblätter in der ganzen Stadt verteilt hatte, ging ihre Konkurrenz dazu über, diese abzureißen und an ihre Stelle die eigenen anzubringen, die wiederum von dem nächsten Kandidaten ausgetauscht wurden, sofern es einen anderen gab. Das Ganze wiederholte sich unendliche Male. Vgl. Izbiratel'naja kampanija Stankeviča, http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remeni/1114673915.html#1.

viel Zeit und Platz ein. Selbst El'cin, der über eine Hetzkampagne zentraler Medien gegen seine Kandidatur klagte, war in einer Fernsehdebatte mit seinem Gegenkandidaten, dem Direktor der Zil-Autowerke, Evgenij Brakov, zu sehen.⁷⁷³ Der Verlauf des Wahlkampfes nahm in den Großstädten so stürmische Formen an, dass er unter der Sowjetbevölkerung eine „ungewöhnliche“, „festliche“ Stimmung erzeugte, oft verbunden mit Hoffnungen auf eine bessere, weil „demokratische“ Zukunft.⁷⁷⁴

Dabei ist die weitere Polarisierung der Gesellschaft in Anhänger einer autoritären Ordnung national-patriotischer Prägung auf der einen und Sympathisanten des demokratisch aufgebauten Rechtsstaates, selbst wenn dieser zuweilen noch als „sozialistisch“ bezeichnet wurde, auf der anderen Seite, leicht festzumachen. Die Spaltung manifestierte sich etwa in den heftigen Auseinandersetzungen um die Aufstellung des Chefredakteurs der Zeitschrift *Ogonek*, Vitalij Korotič, als Kandidaten des Volksdeputiertenkongresses im Moskauer Stadtbezirk Dzeržinskij. Der erste Versuch seiner Nominierung bei der Wahlkreisversammlung am 9. Januar 1989 wurde durch die Anhänger der „Gedenken“-Bewegung mit antisemitischen Parolen und persönlichen Angriffen auf den Kandidaten gesprengt. In Leningrad hatten zwei Tage zuvor ungefähr 150 National-Patrioten gegen die Aufstellung der liberalen Kandidaten für den Volksdeputiertenkongress (u. a. gegen Vitalij Korotič, den Schriftsteller Daniil Granin und den Ökonomen Leonid Abalkin) demonstriert, die die Demonstranten als „Feinde des russischen Volkes“ bezeichneten. Beim zweiten Versuch, Korotič als Kandidaten zu nominieren, versammelten sich am 24. Januar bereits über 1000 Menschen in einem Raum, der nicht genügend Platz für alle bot. Es sollen an dem Tag insgesamt bis zu 1700 Stimmen für Korotič abgegeben worden sein, doch wurde er, so wie die vielen anderen, der Partei nicht genehmen Kandidaten, von der Kreisvorwahlversammlung abgelehnt. Erst bei den Wiederholungswahlen am 14. Mai wurde Korotič in Char'kov (Ukraine) mit einer triumphalen Mehrheit gewählt.⁷⁷⁵

Selbst in den scheinbar vor Überraschungen sicheren staatlichen Organisationen war eine Auseinandersetzung über die nominierten Kandidaten nicht zu vermeiden. Viel Aufsehen hatte die Akademie der Wissenschaften erregt, die sich bei der Kandidatennominierung für die 30 ihr zur Verfügung stehenden Plätze gegen den vom Leningrader Ivan-Pavlov-Institut für Physiologie als Kandidaten vorgeschlagenen Andrej Sacharov sowie gegen eine Reihe anderer in der Öffentlichkeit bekannter Kandidaten (Roald Sagdeev, Dmitrij Lichačev oder Gavriil Popov) entschied. Dabei wurden ohne weiteres fünf Sitze an wissenschaftliche Vereinigungen abgetreten. Eine solch offene Missachtung der Vorschläge der Institute durch das Präsidium löste einen Sturm der Entrüstung aus. Eine große Protestversammlung von mehr als 3000 Menschen auf dem Platz vor dem Gebäude des Akade-

⁷⁷³ El'cin, *Ispoved'*, S. 57; Altrichter, *Russland 1989*, S. 147.

⁷⁷⁴ So Zdravomyslova und Temkina über die Situation in Leningrad, in: Papp/Pribyl'skij, *Vybory* – 1989, S. 1–17.

⁷⁷⁵ Hierfür siehe: *Vesti iz SSSR* 1989: 1–15, 1–16; *Chronograf*, Nr. 21, 1989.

miepräsidiums forderte am 2. Februar den Rücktritt ihres Präsidenten, Jurij Marčuks, der sich zu dem Zeitpunkt im Gebäude befand. Die Demonstrierenden riefen dazu auf, die Wahl vom 21. März zu sabotieren, um eine Neuwahl ansetzen zu lassen bzw. gegen die Kandidaten des Präsidiums zu stimmen.⁷⁷⁶ Am Tag der Abstimmung wurden schließlich nur acht der 23 vorgeschlagenen Kandidaten nominiert. Erst bei der wiederholten Wahl kamen Sacharow mit 806 der 1101 Stimmen und mit ihm auch die anderen liberalen Kandidaten der Akademie durch.⁷⁷⁷

Aus dieser Auseinandersetzung war zu ersehen, dass selbst die offiziellen Einrichtungen und die große Masse der Bevölkerung nicht bereit waren, dem „von oben“ verordneten Konformismus anheimzufallen. Neben solchen Kontroversen verrieten die Testfragen, die nach dem Verhältnis der Kandidaten zum Mehrparteiensystem, zu El'cin, zum Privateigentum und zu den undemokratischen, die Versammlungsfreiheit einschränkenden Verordnungen vom Sommer 1988 fragten, die wachsenden antikommunistischen Stimmungen und die Anziehungskraft der alternativen, nichtsozialistischen Lebensentwürfe in der Sowjetgesellschaft. An den Antworten wurde abgewogen, welches „Lager“ die Kandidaten repräsentierten: das der „Gegner“ oder der „Befürworter“ der Perestroika, wobei der Parteiapparat eher zu den Ersteren gezählt wurde. Welche entscheidende Rolle dabei die Beziehung zu El'cin spielte, der die Diskussion über ein Mehrparteiensystem in der Partei einforderte, lassen sowohl die zahlreichen Flugblätter als auch die Unterschriftenkampagne einiger Kandidaten zur Unterstützung El'cins, welche sicherlich zum Teil aus wahlstrategischen Überlegungen eingeleitet worden waren, erkennen. So wurden von einem Teil der Kandidaten die Wähler bisweilen penetrant daran erinnert, für El'cin Partei ergriffen zu haben.⁷⁷⁸ Auf dem Flugblatt des Koordinators der Moskauer Volksfront, Sergej Stankevič, aus dem Moskauer Wahlkreis Čeremuški stand etwa Folgendes: „Wähler! Falls Du für die revolutionäre Linie Boris El'cins bist, stimme für Sergej Stankevič. Vergiss nicht, seine Unterschrift befand sich auf dem Telegramm an das ZK der KPdSU, das die Hetzkampagne gegen seine Person verurteilte.“⁷⁷⁹ Nicht selten wurde jedoch der Wahlkampf auf die gegenseitigen Beleidigungen und Demaskierungen, auf niveaulosen Tratsch und Lügen reduziert, sodass zuweilen von einem „Bürgerkrieg“ innerhalb eines Wahlkreises die Rede war.⁷⁸⁰

⁷⁷⁶ Zu dieser Episode siehe: Altrichter, Russland 1989, S. 144ff.; Sacharow, Mein Leben, S. 829–841; Romankov, L.P.: Vybory ot akademii nauk, in: Papp/Pribylovskij, Vybory – 1989, Teil 1, S. 24–32.

⁷⁷⁷ Ebd.

⁷⁷⁸ Um die Erfolgchancen der eigenen Kandidatur zu erhöhen, bekannten sich viele Bewerber zur Galionsfigur der Radikalen, zu Boris El'cin. Vgl. *Panorama*, Nr. 1, 1989; Kolosov/Petrov/Smirnjagin, Vesna-89, S. 225; Šubin, Predannaja, S. 272.

⁷⁷⁹ Mitrochin, Sergej: Graždanskije vojny: ot okružnych sobranij po podsčeta golosov, in: Papp/Pribylovskij, Vybory – 1989, Teil I, S. 10–23, hier S. 20.

⁷⁸⁰ So bezeichnete man die Auseinandersetzung zwischen den Kandidaten Michail Lemišev und Sergej Stankevič in dem Moskauer Wahlkreis Čeremuški. Dazu mehr: Mitrochin, Graždanskije, S. 15; Kolosov, Vesna-89, S. 226f.

Obwohl der Anteil der erfolgreichen Kandidaten der Nomenklatura im Endergebnis höher lag als der ihrer verlorenen Sitze, erschütterten die Wahlen zum Volksdeputiertenkongress 1989 den Parteiapparat.⁷⁸¹ Die allgemeine Legitimationskrise des Parteistaates spiegelten die Siege der zahlreichen unabhängigen Kandidaten, die die Wähler in ihren Wahlplattformen mit kritischen und oft polemischen Wahlaussagen, mit der Zurschaustellung ihrer Parteilosigkeit und der radikalen politischen Forderungen erreichten. Den größten Zulauf bekamen Bewerber, die nicht aus den Staatsorganen stammten, ein kritisches Programm vorlegen konnten und von informellen Gruppen wie „Memorial“, „Perestroika“ oder der „Leningrader Volksfront“ unterstützt wurden. Die meisten ihrer Wahlaussagen bzw. Wahlplakate enthielten dennoch allzu oberflächliche Versprechungen und ließen oft konkrete politische Inhalte vermissen.⁷⁸² In der Regel traten die sogenannten Demokraten für die „radikaleren Reformen“, für den „Bruch mit dem Kommando-administrativen System“, für „mehr Demokratie“ und „Gerechtigkeit“, für die „Fortsetzung der Perestroika“, für die „Verwirklichung der Menschenrechte“ und für die demokratisch aufgebaute Union gleichberechtigter Republiken nach dem Vorbild der westlichen Demokratien ein. Nur Einzelne griffen dabei auf die KSZE zurück und versprachen, an dem Aufbau des Rechtsstaates auf der Grundlage der dort getroffenen Vereinbarungen mitzuwirken.⁷⁸³ Die eingeschränkte Präsenz der KSZE in der Wahlphase war jedoch nicht etwa auf ihre Unpopularität oder den geringen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung zurückzuführen.⁷⁸⁴ Es scheint vielmehr, dass kurze und prägnante Floskeln und Slogans gegen die KPdSU die Wähler am besten erreichten und deshalb dominierten.

Dennoch fällt auf, dass im politischen Meinungspluralismus der Kandidaten die verbale Trennlinie entlang der westlich-liberalen Weltsicht verlief, und sowohl die Gesellschaft als auch die Partei nicht nur in KPdSU-Gegner und -Anhänger,

⁷⁸¹ Altrichter, Russland 1989, S. 153f.

⁷⁸² Diesen Eindruck hat die Autorin aus der inhaltlichen Analyse der Flugblätter und Wahlplattformen aus dem „unsignierten Bestand“ der „Öffentlichen Historischen Staatsbibliothek“ in Moskau gewonnen. So agitierte z. B. Sergej Stankevič im Vorfeld des zweiten Wahlgangs am 9. April in dem Moskauer Wahlkreis Čeremuški mit folgendem Inhalt: „Geben Sie am 9. April ihre Stimme für Sergej Stankevič! Stimmen Sie für Jugend, Energie und Kompetenz! Stimmen Sie für Demokratie, die funktioniert!“ oder: „Die Bedingungen für eine reale Volksherrschaft zu schaffen – das ist das Hauptziel des Programms.“ Die zitierten Aussagen sind aus den folgenden zwei, online abrufbaren Flugblättern: Fond: NP, šifr: NP4-273, inv. Nr. 001068941, und ebd., inv. Nr. 001068942, http://www.shpl.ru/plakat/index.php?id=2297&sel_id=0. Vgl. auch Ahlberg, René: Legitimitätskrise der kommunistischen Herrschaft, in: Osteuropa, 1990, S. 517–534, S. 526.

⁷⁸³ Zu den wenigen Kandidaten, die eine Realisierung des Wiener Schlussdokuments in ihren Wahlplattformen versprachen, gehörten z. B. Oleg Kuznecov aus dem Moskauer territorialen Wahlkreis Nr. 23 und die in der Sowjetunion berühmte Kosmonautin Walentina Tereškova, Kandidatin der „Union sowjetischer Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Zusammenarbeit mit den ausländischen Ländern“. Siehe: <http://www.shpl.ru/plakat/shim.php?id=1065104>, und AiF vom 7. 2. 1989, S. 2.

⁷⁸⁴ Das Gegenteil war der Fall, was die breite Rezeption des Abschließenden Dokuments des Wiener Treffens durch die Sowjetbevölkerung beweist. Siehe Teil IV, Kapitel 2.1 der vorliegenden Arbeit.

sondern auch in Befürworter eines westlichen Gesellschaftsmodells mit all den politischen und bürgerlichen Freiheiten einerseits und die einer autoritären Staatsordnung, ob in Form des Neo-Bolschewismus oder des „Russlands eines dritten Weges“ andererseits, spaltete. In den öffentlichen Diskussionen des am 25. Mai 1989 eröffneten Volksdeputiertenkongresses kam die Legitimitätskrise der Partei und ihre Spaltung sowie die Radikalisierung der Gesellschaft noch dramatischer zum Tragen, wobei die von der Sowjetbevölkerung gewählte „linke Minderheit“⁷⁸⁵ der Reformer zu wachsen und sich in einer Fraktion zu organisieren begann. Dank der neu gewonnenen Freiheiten und personellen Verbindungen zu den bedeutenden informellen Gruppen konnte sie ihren politischen Einfluss schnell ausbauen und für ihre Forderungen allein in Moskau den Großteil der erwachsenen Bevölkerung gewinnen. Damit fiel für den Parteiapparat und für die bisherige Staatsform das Votum des Volkes vernichtend aus.

6.3 Der Wertediskurs und das Ende der Parteieinheit im ersten Volksdeputiertenkongress

Der erste Kongress der Volksdeputierten tagte vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 im Kremlpalast. Er wurde weitgehend so durchgeführt und die Beschlüsse so gefasst, wie es die Parteiführung geplant hatte. Ungeachtet der Einwände⁷⁸⁶ Sacharovs wurde Gorbachev mit 95,6% der Stimmen zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets und der unter den Liberalen umstrittene Anatolij Luk'janov als dessen Stellvertreter gewählt. Bei der Wahl zu den beiden Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR setzten sich überwiegend konservative Abgeordnete durch. El'cin erhielt dabei mit 964 Gegenstimmen das schlechteste Ergebnis und gelangte nur durch

⁷⁸⁵ So Sacharow über die „Demokraten“ im Volksdeputiertenkongress, vgl. dazu: Sacharow, *Mein Leben*, S. 854.

⁷⁸⁶ Auf der ersten Massenkundgebung vor der ersten konstituierenden Tagung des Volksdeputiertenkongresses am 21. Mai 1989 in Lužniki, an der zum ersten Mal seit Beginn der Perestroika bis zu 300 000 Menschen teilgenommen haben sollen, wurde von den dort aufgetretenen Reformern (Boris El'cin, Andrej Sacharow, Tel'man Gdljan, Gavriil Popov, Leonid Batkin) eine Änderung der in Aussicht genommenen Tagesordnung des Volkskongresses gefordert. Andrej Sacharow sprach sich gegen eine zu große Machtkonzentration des zukünftigen Vorsitzenden des Obersten Sowjets, ebenso wie beim höchsten Staatsamt des „Staatspräsidenten“ und gegen die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz vom neuen Volksdeputiertenkongress an den ebenfalls noch zu wählenden Obersten Sowjet aus. Die Resolution der Kundgebung richtete sich an den Kongress mit dem Auftrag, nicht auseinanderzugehen, solange die rechtlichen Grundlagen für die Verwirklichung demokratischer Rechte, für die Unabhängigkeit der Gerichte, der Presse, für die wirkliche Freiheit und Souveränität aller Unionsrepubliken nicht geschaffen worden seien. Zur Kundgebung siehe: *Panorama*, Nr. 4, 5, 1989; diverse Erinnerungen und Interviews der Teilnehmer aus dem Igrunov-Archiv, abrufbar unter http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remen/anniversary/. Inhalt der Resolution und der Reden in: *Panorama*, Nr. 4, 1989, S. 3, http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remen/anniversary/meeting.html; vgl. auch Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV. Dritter Akt – Die konstituierende erste Tagung des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR und ihre Ergebnisse, in: *Osteuropa*, 1989, S. 995–1020, hier S. 996.

Verzicht eines anderen Abgeordneten aus Omsk in Sibirien (A. Kazannik) auf seinen Posten in dieses Gremium.⁷⁸⁷ Diese Vorgänge waren jedoch mit tumultartigen Szenen, mit einer kontroversen Aussprache zu den politischen Grundlagen des Staates und mit einem „Wertestreit“ unter den Abgeordneten verbunden, die in ihrer Radikalität und Offenheit alle bisherigen politischen Debatten in den Schatten stellten. Sie förderten politische Strömungen zutage, die die Entwicklungen in der Gesellschaft widerspiegeln, aber nicht die Gesellschaft repräsentierten. Sie zerstörten die noch vorhandenen Illusionen über die Einheit der Partei und brachten die Fronten zwischen den Reformern und den konservativen Abgeordneten noch weiter auf. Die teilweise dramatischen und schonungslosen Redebeiträge der Deputierten über soziale und wirtschaftliche Probleme machten indes das ganze Ausmaß der Krise, die Komplexität und die Tragik der Gesamtlage sowie die Schwierigkeiten, diese zu bewältigen, deutlich. Die Berichte über die ökologische Katastrophe des Aralgebiets (T. Kaipbergenov), die Ausbeutung der Naturschätze und das Fehlen der nötigen ökologischen Aufklärung (A. Jablov), die vom Unfall in Černobyl strahlenverseuchten Zonen (A. Grachovskij), das Aussterben der nördlichen Völker (M. Mongo), die Armut der Menschen und die Vernichtung des Ackerlandes beim derzeitigen landwirtschaftlichen Zwangssystem, den erniedrigenden Import von 21 Millionen Tonnen Weizen (Ju. Čerņičenko), den drohenden Zerfall des Verbrauchermarktes, das Haushaltsdefizit, die Inflation und den Staatsbankrott (N. Šmelev) – alle diese der breiten Öffentlichkeit unzensuriert preisgegebenen Tatsachen „zerstörten“, wie Sacharov die Bedeutung des Volksdeputiertenkongresses zusammenfasste,

„bei *allen* Menschen in unserem Lande *sämtliche* Illusionen, mit denen man uns und die ganze Welt eingelullt hatte. Die Reden von Deputierten aus allen Teilen des Landes – und nicht nur von ‚Linken‘, sondern auch von ‚Rechten‘ – schufen innerhalb von zwölf Tagen für Millionen für Menschen ein klares und unbarmherziges Bild des realen Lebens in unserer Gesellschaft. Es war ein Bild, wie es deutlicher weder durch persönliche Erfahrungen, wie tragisch sie auch gewesen sein mochten, noch durch Zeitungen, Fernsehen und andere Massenmedien, durch Literatur oder Filmkunst in allen Jahren der Glasnost hätte entstehen können.“⁷⁸⁸

Die Tragweite der Diskussionen des ersten Volksdeputiertenkongresses war ausgesprochen groß.⁷⁸⁹ Wirtschaftliche, politische, nationale und ökologische Themen dominierten die Auseinandersetzungen.⁷⁹⁰ Doch gleich, welches Problem

⁷⁸⁷ Zusammenfassend zum Ablauf siehe: Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV; Altrichter, Russland, S. 158–176.

⁷⁸⁸ Sacharov, Mein Leben, S. 855.

⁷⁸⁹ Eine Zusammenfassung zentraler Redebeiträge wurde von Boris Meissner geleistet. Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems (IV); eine exemplarische Darstellung der Debatten findet sich bei Altrichter. Altrichter, Russland 1989, S. 158–204; Text der Reden in: Pervyj s'ezd narodnych deputatov SSSR. 25 maja – 9 ijunja 1989 g., stenografičeskij otčet, 6 Bde., Moskau 1989.

⁷⁹⁰ Kaum hingegen (insgesamt nur viermal) wurden die außenpolitischen Fragen berührt, was wohl mit dem weitgehend bestehenden Konsens über die Richtlinien der sowjetischen Außenpolitik und mit Gorbatschows Erfolgen auf diesem Gebiet zu erklären ist. Die statistischen Angaben zum Kongress und zu den Beiträgen der Deputierten siehe bei: Kolosov/Petrov/Smirnjagin, Vesna-89, S. 159–207, hier S. 190, Tabelle 5.

zur Sprache gebracht wurde, es stellte sich immer auch die Frage nach den politischen Grundlagen des Staates und es entbrannte ein Streit darüber, welche Prinzipien und Mechanismen das Funktionieren eines politischen Gebildes optimal ermöglichen und die Lösung der aufgestauten Probleme am schnellsten herbeiführen könnten. Dass die bisher geltenden Mechanismen nichts mehr taugten, wurde nach diesem ersten öffentlichen Kongress für das ganze Land offensichtlich.

Bereits die erste konstituierende Tagung des Kongresses brachte statt eines gewohnten Abarbeitens einer festgelegten Tagesordnung, die mit der Wahl des Staatspräsidenten beginnen sollte, die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten der neu gewählten Deputierten über die Organisationsprinzipien des Parlaments und des Staates als Ganzes ans Licht. Gleich am Anfang, nachdem der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Vladimir Orlov, den Kongress für eröffnet erklärt, kam der lettische Abgeordnete Wilen Tolpežnikov zu Wort und forderte, unerwartet für alle, eine Aufklärung über die Umstände der blutigen Niederschlagung der Demonstrationen von Tiflis am 9. April 1989, bei denen mehrere Teilnehmer ums Leben gekommen waren.⁷⁹¹ Am gleichen Tag wurde von der Repräsentantin der estländischen Volksfront, Marju Lauristin, das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ problematisiert und Gorbatschow nach den genauen Vorstellungen dieses universellen Grundsatzes sowie nach seiner Meinung zur Vereinbarkeit des Einsatzes von Armee für Strafmaßnahmen im Inneren mit der „Entwicklung der Demokratie und des Rechtsstaates“ gefragt.⁷⁹² Von den anderen Deputierten wurden beide Themen im weiteren Verlauf des Kongresses immer wieder aufgeworfen. Obwohl beide Fragen auf den ersten Blick unterschiedliche Sachverhalte betrafen, waren sie die zwei Seiten derselben Medaille. Es handelte sich dabei um die zentrifugalen Kräfte des in seinen Grundfesten erschütternden multiethnischen Staates und sie warfen grundsätzliche Fragen seiner Organisation auf. Dass die Abgeordneten des Kongresses dabei entgegengesetzte, „einander ausschließende politische Optionen“ vertraten und dass die „Gräben“ nicht nur im Zentrum tief waren, sondern mittlerweile Zentrum und Peripherie trennten, zeigten die Berichte aus „national-georgischer“ und aus „zentralgesamtsstaatlicher“ Sicht über die Vorgänge in Tiflis.⁷⁹³ Während der georgische Deputierte, Tamas Gamkrelidze, als Vertreter der ersten Position den friedlichen Verlauf der Kundgebungen auf dem Rustaveli-Platz beschrieb und den brutalen Truppeneinsatz als Verletzung nationaler Rechte der Völker als „Anschlag auf allgemeins menschliche Werte“ durch die reaktionären Kräfte bezeichnete und in seiner Darstellung von dem damaligen georgischen Parteichef, Džumber Patiašvili, bestätigt wurde, beschuldigte der Oberbefehlshaber des transkaukasischen Militärbezirks, General Igor Rodionov, der die Aktion gegen die Demonstranten geleitet hatte

⁷⁹¹ Pervyj s'ezd, Bd. 1, S. 6.

⁷⁹² Ebd., S. 64f.

⁷⁹³ Altrichter, Russland, S. 186–193.

und alle Vorwürfe von sich wies, den wachsenden „Nationalismus“ der Georgier und die Medien, die Ereignisse nicht richtig dargestellt zu haben.⁷⁹⁴

Der buchstäbliche Zusammenprall der konkurrierenden politischen Modelle, der staatstragenden Werte und Prinzipien, lässt sich beinahe an jeder anderen Diskussion im Volksdeputiertenkongress festmachen. Dies kann hier nur exemplarisch beleuchtet werden. So waren auch die Verfahrensfragen und die Agenda des Volksdeputiertenkongresses von Anfang an Gegenstand heftiger Diskussionen, die Andrej Sacharov noch am ersten Tag des Kongresses mit seinen zwei prinzipiellen Überlegungen einleitete. Als Erstes regte Sacharov an, angesichts der von den Wählern an den Kongress übertragenen Verantwortung als einen der ersten Tagesordnungspunkte ein Dekret aufzunehmen, das das ausschließliche Recht des Kongresses der Volksdeputierten, die Gesetze der UdSSR zu verabschieden und die höchsten Amtsträger der UdSSR (des Ministerpräsidenten, des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs, des Generalstaatsanwaltes usw.) zu ernennen, begründen würde. Jeder Wahl habe außerdem, so Sacharovs zweite „prinzipielle Frage“, immer die Vorstellung des Programms der Kandidaten und eine Diskussion vorauszugehen. Die bevorstehende Wahl des mit präsidentialen Rechten ausgestatteten Vorsitzenden des Obersten Sowjets dürfe hier keine Ausnahme bilden, und obwohl er, Sacharov, die Kandidatur des Generalsekretärs Michail Gorbachev für diesen Posten unterstütze, hätten auch Gorbachev und die anderen Kandidaten zu erklären, „was sie in nächster Zukunft zu unternehmen gedenken, um die überaus schwierige Lage zu überwinden, die sich in unserem Lande herausgebildet hat“.⁷⁹⁵ Mit dieser unplanmäßigen und mit „Lärm, Klopfen und Zwischenrufen“⁷⁹⁶ im Saal begleiteten Stellungnahme zu den parlamentarischen Organisationsprinzipien brachte Sacharov die Befürchtungen der Reformer zu Sprache, durch die Abgabe der gesetzgebenden Kompetenzen an den Obersten Sowjet zu mehrheitswilligen „Wahlmännern“ ohne politischen Einfluss degradiert zu werden. Mit der Forderung, die in Aussicht gestellte Tagesordnung des Kongresses zu ändern, stellte er sich gegen die eingebürgerte Praxis der Sowjets, das in den Parteiführungsgremien bereits Beschlossene fügsam zu übernehmen.

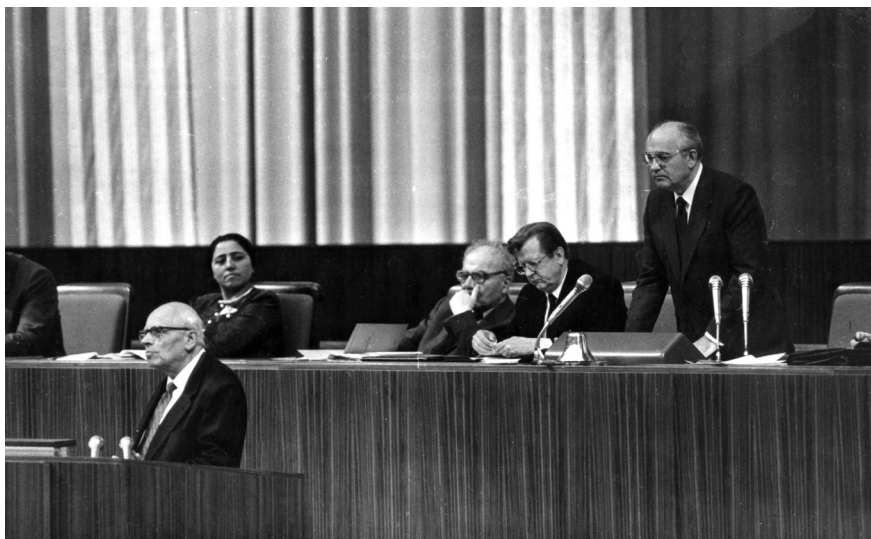
Die Auseinandersetzungen über die Agenda des Volksdeputiertenkongresses und seine Geschäftsordnung setzten sich weiterhin fort, wobei die baltischen Deputierten ihrerseits die Sorge äußerten, in den politischen Grundsatzfragen und bei der Bestellung des Obersten Sowjets nicht gehört bzw. majorisiert zu werden.⁷⁹⁷ Der Vertreter der litauischen Volksfront, Vytautas Landsbergis, forderte, dass die jeweiligen Unionsrepubliken und Regionen über die ihnen zustehende Zahl von Deputierten im Obersten Sowjet der UdSSR selbst entscheiden sollten, da sonst die Gefahr bestehe, die Souveränitätsrechte der Republiken zu verletzen.

⁷⁹⁴ Pervyj s'ezd, Bd. 1, S. 517–545.

⁷⁹⁵ Pervyj s'ezd, Bd. 1, S. 9–11; Text von Sacharovs Rede auf Deutsch, in: Sacharov, Mein Leben, S. 852ff.

⁷⁹⁶ Sacharov, Mein Leben, S. 852.

⁷⁹⁷ Hierfür wie für das Folgende vgl. Altrichter, Russland, S. 161ff.



Andrej Sacharov auf der Tribüne der 1. Sitzung des neu gewählten Volksdeputiertenkongresses am 26. Mai 1989. Im Präsidium steht Michail Gorbatschow.

(Quelle: Sacharov-Archiv, Moskau; Foto: S. Smirnov)

Die Moskauer Gruppe der Deputierten verlangte die Aufstellung von mehr Kandidaten, als Mandate vorgesehen waren. So kamen bereits in den Redebeiträgen des ersten Tages die „Konturen der innerparlamentarischen Gruppenbildung“ zum Vorschein,⁷⁹⁸ die sich in den nächsten Sitzungen noch weiter verschärfen sollten, obwohl eine solche Fraktionsbildung in den Reihen der Kommunistischen Partei seit dem Beschluss des 10. Parteitages von 1921 als verfassungswidrig galt.

Zu einem ersten offenen Aufruf des Ökonomen Gavriil Popov an die gleichgesinnten reformorientierten Abgeordneten, sich zu einer überregionalen Gruppe, zu einer „Opposition“ gegenüber der Führung zusammenzuschließen, kam es am dritten Sitzungstag, nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der zuvor durchgeführten Wahlen für die beiden Kammern des neuen Obersten Sowjets der UdSSR.⁷⁹⁹ Diese wurden vom Plenum mit „tumultartigen Szenen“⁸⁰⁰, mit Zwischenrufen und Protesten gegen die bestellte „aggressiv-obrigkeitshörige Mehrheit“, wie sie der Historiker Jurij Afanas’ev bezeichnete,⁸⁰¹ entgegengenommen und scharf kritisiert. Die Bestellung des Obersten Sowjets verschärfte die Spaltung der Abgeordneten in radikale Reforme demokratischer Orientierung einerseits und

⁷⁹⁸ Altrichter, Russland, S. 162.

⁷⁹⁹ Pervyj s’ezd, Bd. 1, S. 224–228; Altrichter, Russland, S. 175.

⁸⁰⁰ So Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV, S. 1002; Altrichter, Russland, S. 175.

⁸⁰¹ Pervyj s’ezd, Bd. 1, S. 224.

Reformgegner und Anhänger der alten Ordnung andererseits, wobei die „demokratische“ oder auch als „linke“ bezeichnete Minderheit ihre numerische Schwäche im Parlament durch die täglich steigende Popularität und Einflusstärke in der Bevölkerung ausgleichen konnte. Schließlich waren 49% der befragten Bevölkerung laut einer Umfrage mit der Wahl zum Obersten Sowjet nicht zufrieden.⁸⁰² Trotz Widersprüche einiger Abgeordneten, es seien jetzt Einheit und nicht Spaltung, Disziplin des Volkskongresses und nicht die Demagogie der Straßenmeetings gefragt (E. Mešalkin, V. Mamedov, T. Momotova),⁸⁰³ taten sich die Fronten zwischen den reformorientierten und den konservativen Mitgliedern im Verlauf der Kongresssitzungen weiter auf. Dass die Spaltung und Fraktionsbildung nicht mehr zu vermeiden war, resümierte schließlich der Moskauer Schriftsteller und bekannte Gewichtheber Jurij Vlasov in der siebten Sitzung des Kongresses am 31. Mai. Ihm sei jetzt klar geworden, dass es das divergierende „Verständnis von den Grundsätzen des Lebens“ sei, das hier alle Abgeordneten viel mehr spalte als vereine.⁸⁰⁴ Um welche „Grundsätze“ es sich dabei handele, konnte man seiner Rede und den Redebeiträgen von diversen anderen Deputierten entnehmen. Es waren die allgemeinmenschlichen Prinzipien und Normen, wie sie die Helsinki-Akte und das Wiener Schlussdokument fixierten und die den demokratischen Gesellschaftssystemen zu Grunde liegen, die aber nicht jeder in dem neu gewählten Abgeordnetenkongress teilte. Während die einen, die Vertreter des Parteiapparates bzw. die orthodoxen Kommunisten, den Werteverlust beklagten und an den sowjetischen Patriotismus appellierend, in der Stärkung des Zentrums und der KPdSU, in der Einschränkung der Presse- und aller anderen politischen und individuellen Freiheiten die Lösung der aktuellen Probleme sahen,⁸⁰⁵ forderte die „linke Minderheit“ genau das Gegenteil: die Staatsmacht von der Partei auf die Sowjets zu übertragen, die Regierung zur Rechenschaft vor dem Volk und Parlament zu verpflichten, die Wirtschaft zu dezentralisieren, private Eigentumsformen zuzulassen und die Produktionsmittel zu entstaatlichen, die monopole Machtstellung der Kommunistischen Partei und die Wirksamkeit der antidemokratischen Versammlungs- und Demonstrationsgesetze vom Sommer 1988 aufzuheben und rechtsstaatliche Verhältnisse zu schaffen, welche die Grund- und Menschenrechte, wie im Völkerrecht fixiert, garantieren würden. Mit jedem Tag des Kongresses wurde aber nicht nur seinen Mitgliedern, sondern auch der sowjetischen Bevölkerung klarer, dass die alten Orientierungen und Maßstäbe (die ideologische Legitimation für die Herrschaft der KPdSU, die Lehre von der Weltrevolution, der Vorrang des Kollektivs vor den individuellen Menschenrechten und Freiheiten, der Sowjetpatriotismus, die sozialistische Planwirtschaft usw.) den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen nicht standhalten und bankrottgehen, während ein immer größer werdendes geistiges Vakuum an ihre Stelle

⁸⁰² Angaben nach Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV, S. 1003.

⁸⁰³ Pervyj s'ezd, Bd. 1, S. 235–242.

⁸⁰⁴ Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 84.

⁸⁰⁵ Ebd., S. 193–197; siehe die gesamte Rede in: Ebd., S. 339–344.

tritt. Dass dieses Loch dringend gefüllt werden müsse, um das weitere Funktionieren des Staates zu gewährleisten, war allen offensichtlich. Doch eine Konsensfindung über die neuen Inhalte schien umso unrealistischer zu werden, je länger der Kongress tagte und sich ein tiefer Pessimismus in der Bevölkerung angesichts der weiteren Talfahrt der sowjetischen Wirtschaft breitmachte.

Den Verlust der alten Werte beklagte kaum jemand so eindringlich und emotional wie der Erste Sekretär des Komsomol-Stadtkomitees von Čerkassy (Ukraine), Sergej Červonopiskij, am 2. Juni, dem achten Sitzungstag. Eigentlich galt die Rede des ehemaligen Afghanistan-Kämpfers, der im Afghanistan-Krieg beide Beine verloren hatte und mehr als 100 000 zurückgekehrte Afghanen in der Ukraine vertrat, den Äußerungen Andrej Sacharovs in einer kanadischen Zeitschrift. In einem Interview hatte Sacharov behauptet, die sowjetischen Soldaten, die in Afghanistan vom Feind eingekreist worden waren, seien zur Vermeidung der Gefangenschaft aus den eigenen sowjetischen Hubschraubern erschossen worden. Sacharovs Äußerungen bezeichnete er als „verantwortungslos“. Ein erheblicher Teil der Rede von Červonopiskij war den schwierigen moralischen und materiellen Problemen, der bürokratischen Behandlung der Afghanistan-Veteranen durch die Partei und die Behörden gewidmet. Doch den vielen Anwesenden im Kongress und dem Millionenpublikum außerhalb des Kremls prägte sich vielmehr eine andere Aussage Červonopiskijs ins Gedächtnis ein: Obwohl mehr als 80% der Deputierten Kommunisten seien, sei kein einziges Mal, auch im Referat Gorbačevs, das Wort „Kommunismus“ zu hören gewesen, beklagte er. Červonopiskijs folgender Schlusssatz war ein Bekenntnis an die alte Ordnung und ihre Werte, die ein Teil der Deputierten mit stehendem Beifall quittierte: „Ich nenne heute nur die drei Begriffe, für die wir alle kämpfen müssen: Staatsmacht [deržava], Heimat [rodina], Kommunismus [kommunism].“⁸⁰⁶

Während Červonopiskij damit zu einer Rückkehr in die Vergangenheit, zu den Idealen der Bolševiken aufforderte und die konservative politische Strömung im Kongress vertrat, unterzog der Vorsitzende des kirgisischen Schriftstellerverbandes, Čingiz Ajtmatov, die Entwicklung des Sozialismus einer scharfen Kritik und appellierte im Kontrast zu Červonopiskij an die Priorität der allgemeinmenschlichen Werte. Nicht in der Terminologie liege das Wesen des Sozialismus, so Ajtmatov, sondern in der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, und während man hierzulande über das Wesen des Sozialismus streite, hätten ihn andere Völker und Länder längst geschaffen.⁸⁰⁷ Mit diesen Äußerungen gab Ajtmatov Gorbačevs Überzeugung Ausdruck, dass der Mensch und das Überleben der Menschheit Priorität vor der Ideologie habe, und dass die von Gorbačev

⁸⁰⁶ Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 339–344; siehe auch die Darstellung bei Altrichter, Russland 1989, S. 193–197.

⁸⁰⁷ Namentlich nannte er als Beispiele westliche Demokratien (Schweden, Österreich, Finnland, Norwegen, die Niederlande, Spanien und Kanada), die sich zwar nicht als sozialistisch bezeichnen, so Ajtmatov, denen es deshalb aber nicht schlechter gehe. Vgl. Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV, S. 1011; Text der Rede in: Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 287–292.

als „sozialistisch“ bezeichneten Werte der Sowjetunion mit denen der westlichen Demokratien weitgehend übereinstimmen können. Mit der Orientierung an die westlichen Rechtsstaaten stellte sich Ajtmatov indirekt an die Seite der „linken Minderheit“, obwohl er deren radikalste Forderungen und die Kritik an dem Staatsoberhaupt nicht teilte.

Eine Alternative sowohl zum Marxismus-Leninismus als auch zum Liberalismus der radikalen Reformer bot wohl der bekannteste Vertreter der dritten politischen Strömung im Kongress, der für seine russisch-nationalen Einstellungen bekannte sibirische Schriftsteller Valentin Rasputin. Unter Beifall kritisierte er die „Propaganda für Gewalt und Sex“, die Sensationslust der Medien, den Verfall ethischer Werte und den Nihilismus der Jugend. Obwohl selbst parteilos, plädierte er für eine reformierte Form der Einparteienherrschaft und lehnte den westlichen Lebensstil, den politischen Pluralismus und den Parlamentarismus als Alternative zu dem bestehenden politischen System ab. Als Erster warf Rasputin in Reaktion auf die Absetzungsprozesse vor allem baltischer Republiken die Frage nach dem Austritt Russlands aus der Union auf und verurteilte die Russophobie, die Gleichsetzung der antisowjetischen mit den antirussischen Parolen.⁸⁰⁸ Die autoritär-konservative und nationalpatriotische Haltung des Schriftstellers, seine Überzeugung von der Idee der Wiederherstellung des nationalen Bewusstseins des russischen Volkes, der Rückkehr zur dörflichen Gemeinschaft [sobornost'] und der Orthodoxie waren nicht unbekannt und verbanden sich mit dem Engagement für die Wiederbelebung der Natur, für die Wiederherstellung der Kulturdenkmäler und nicht selten mit dem Antisemitismus, wie ihn vor allem die zahlreichen Splittergruppen der „Gedenken“-Bewegung propagierten. All die Ideen fanden in der sowjetischen Publizistik deutlichen Ausdruck und verfügten über mehr Rückhalt in der Bevölkerung als im Kongress.⁸⁰⁹

Somit stellte der erste Volksdeputiertenkongress mit den verschiedenen politischen Strömungen in erster Linie eine Auseinandersetzung über die staatstragenden Grundsätze und Normen bzw. einen Wertediskurs dar. Und obwohl in den Debatten des ersten Kongresses anders als in dem zweiten (Dezember 1989), in dem außerordentlichen dritten Abgeordnetenkongress (März 1990) oder in dem Obersten Sowjet der UdSSR die KSZE-Schlussakte und das Wiener Schlussdokument keine explizite Erwähnung fanden,⁸¹⁰ waren deren zentrale Menschenrechtsprinzipien doch als die allgemein geltenden Grundsätze eines demokratischen Rechtsstaates, für die ein Teil der Abgeordneten eintrat, stets präsent. So

⁸⁰⁸ Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 453–461.

⁸⁰⁹ Siehe hierfür zum Beispiel Hielscher, Das Gespenst der „Russophobie“, S. 52; Menzel, Streitkultur oder „literarischer Bürgerkrieg“?

⁸¹⁰ Das Wiener-Schlussdokument prägte als der quasi obligate Rechtsstandard die Auseinandersetzungen im Gesetzgebungsprozess 1989–1991. Es tauchte als Argument insbesondere bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzes über Meinungs- und Medienfreiheit 1989/1990 auf. Vgl. VS SSSR. Vtoraja sessija, Nr. 41, 1989, S. 205–239; Nr. 42, S. 4–7. Mehr zur Präsenz des KSZE-Faktors in den darauf folgenden Kongressen bzw. im Obersten Sowjet siehe Teil IV, Kapitel 2.2 der vorliegenden Arbeit.

wurde am zweiten Sitzungstag, noch bevor es zu der umstrittenen Wahl des Obersten Sowjets kam, heftig über die Versammlungsfreiheit diskutiert, nachdem die Soziologin Tatjana Zaslavskaja, die Direktorin des neuen Allunionenzentrums für Meinungsforschung und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, außerplanmäßig über einen Polizeieinsatz gegen eine friedliche Kundgebung auf dem Puškin-Platz am Vortag berichtet und daraufhin gefordert hatte, die Verordnung über die Einschränkung von Demonstrationen für die Dauer des Kongresses außer Kraft zu setzen. Dieser Vorschlag fand zwar noch keine Mehrheit, mehrere Deputierte (S. Stankevič, A. Sacharov, S. Vaišvila) teilten jedoch ihre Forderung, und das Abstimmungsergebnis von 831 Ja- bei 1261 Nein-Stimmen ließ erkennen, dass die Reformer im Kongress über einen beachtlichen Rückhalt verfügen.⁸¹¹ Das Thema der Versammlungsfreiheit verschwand damit nicht aus den Debatten. Obwohl Gorbačev noch am Tag der Abstimmung mitteilte, dass der Moskauer Stadtrat die Versammlungen am Stadion in Lužniki während der Tagung des Kongresses genehmigt habe,⁸¹² forderten mehrere Abgeordnete immer wieder, dieses Recht gesetzlich zu garantieren.

Vor dem Hintergrund der deutlichen Kritik am *Procedere* der Wahlen zum Volksdeputiertenkongress kam im Plenum auch die Notwendigkeit eines neuen Wahlrechts mit der Garantie der freien Wahlen auf der alternativen Grundlage zur Sprache.⁸¹³ Eine ganze Reihe von Korrekturen in der geltenden Verfassung und damit der gesamten Staatsordnung schlug der Lyriker Evgenij Evtušenko vor. Im Sinne vieler baltischer Abgeordneter regte er an, die Verfassung mit einem neuen Paragraphen zu ergänzen, der die Garantie der „Souveränität und der nationalen Würde jeder Republik der UdSSR“ vorsehen würde. Er unterstützte in seiner Rede die schon von anderen Abgeordneten aufgeworfene Idee, den Bauern die freie Verfügung über den Boden zu gestatten, und forderte darüber hinaus durch einen Beschluss des Obersten Sowjets, alle Gerichtsurteile über die des Kulakentums beschuldigten Bauern aufzuheben, um so „endlich die Schuld unserer Gesellschaft anzuerkennen“.⁸¹⁴ Er schlug vor, das in der sowjetischen Verfassung verankerte Recht auf Arbeit (Art. 40), das traditionell von den sowjetischen Delegationen auf den KSZE-Folgekonferenzen als *die* Errungenschaft des Sozialismus gepriesen wurde, mit dem Adjektiv „freie“ Arbeit zu ergänzen, um so nicht nur

⁸¹¹ *Pervyj s'ezd*, Bd. 1, S. 112–118; Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV, S. 1000; Altrichter, Russland 1989, S. 170f.

⁸¹² Es handelte sich um den riesigen Sportplatz außerhalb der Stadt, der durch die schlechte Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln keine große Teilnehmerzahl versprach – so dürfte wohl das Kalkül der Behörden gewesen sein, als sie die Veranstalter der Kundgebungen von dem traditionell dafür gewordenen Puškin-Platz nach Lužniki „verbannten“ und dort die Abhaltung der Meetings während der gesamten Tagungszeit des Kongresses offiziell gestatteten.

⁸¹³ Diese forderten z. B. der in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannte Inhaber des Lehrstuhls für Ingenieurwesen am Institut für Eisenbahnverkehr in Rostow am Don, Vladimir Kolesnikov, aber auch der Lyriker Evgenij Evtušenko. Hierfür wie für das Folgende vgl. *Pervyj s'ezd*, Bd. 2, S. 14–18, 221–227.

⁸¹⁴ Ebd., S. 221.

die freie Wahl jeder Art der Beschäftigung zu begründen, sondern zugleich auch jedermanns Anspruch, Produktionsmittel vom Staat zu kaufen oder sie selbst herzustellen. Von Evtušenko erklang die Forderung, aus der Präambel der sowjetischen Verfassung die Behauptung zu streichen, in der UdSSR sei die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ aufgebaut. Von der Partei sei die ganze Macht an den Volkskongress zu delegieren und den Parteilosen sollten die gleichen Rechte wie den Parteizugehörigen gewährt werden, auch das Recht auf die Kandidatenaufstellung bei den Wahlen, so Evtušenko weiter. Er forderte außerdem die Rehabilitierung aller Dissidenten und Andersdenkenden, die Rückgabe der sowjetischen Staatsangehörigkeit an alle, die sie unrechtmäßig verloren hätten, ein Berufsverbot für alle Psychiater, die an der Zwangshospitalisierung der unschuldigen Andersdenkenden beteiligt gewesen waren und die Abschaffung des Artikels 11 (1) der Verordnung vom 8. April 1988, welcher die Strafverfolgung wegen „Verunglimpfung des Staates“ in einem erweiterten Sinne vorsah.

Als „Führer der Opposition“⁸¹⁵ in dem Kongress profilierte sich erneut Boris El'cin. In seiner Programmrede am sechsten Sitzungstag, dem 31. Mai 1989, warnte er vor der Gefahr, „ohne es selbst zu bemerken, wieder zu Gefangenen eines neuen autoritären Regimes, einer neuen Diktatur“, zu werden.⁸¹⁶ Um einen Rückfall in die Diktatur zu vermeiden, plädierte Boris El'cin für die Wahl des Staatspräsidenten durch das Volk und für die Dezentralisierung des Herrschafts- und Wirtschaftssystems. Er forderte Garantien für eine „größtmögliche Demokratisierung und Transparenz“, ein neues Pressegesetz und die Unabhängigkeit der Medien von der Partei, eine neue Nationalitätenpolitik, die Übergabe des Landes an die Bauern und die Begrenzung der Zuständigkeiten der KPdSU durch ein neues „Parteigesetz“.

Weit schärfer als El'cin ging der oben erwähnte Schriftsteller Jurij Vlasov mit den Widersachern der Perestroika und mit der bisherigen Reformpolitik ins Gericht. In einer noch drastischeren Form bemängelte er die politische und die wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion und gab im gleichen Zug zu bedenken, dass in anderen Staaten der Rücktritt der Regierung bei Nichteignung üblich sei.⁸¹⁷ Er griff die schon in den früheren Sitzungen angesprochene Problematik der ungleichen Wahlen auf und regte ebenfalls mehrere Verfassungsänderungen an, darunter die Fixierung der Rechenschaftspflicht der Regierung vor dem Volk, der Gewaltenteilung sowie der Kontrolle des KGB und MVD. Vlasov, der als Erster auf die Unvereinbarkeit der von den Abgeordneten dieses Kongresses vertretenen Werte hinwies, forderte auch Gorbatschow auf, sich nun zu entscheiden, auf wessen Seite er stehe: auf der des Volkes, damit die allgemeinemenschlichen, demokratischen Werte meinent, oder auf der der Antireformer und der Apologeten der alten Ordnung, die immer offener ihre Abneigung gegenüber den demokratischen Prinzipien äußerten und in den neuen Freiheiten die Gefahr für die Einheit des

⁸¹⁵ Altrichter, Russland, S. 178.

⁸¹⁶ Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 43–49; vgl. zusammenfassend Altrichter, Russland, S. 182 f.

⁸¹⁷ Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 77–84.

Sowjetstaates und seiner Ideologie sahen. Auch von den anderen jungen Deputierten wurde Gorbačev teilweise unverblümt aufgefordert, eine Wahl zwischen diesen zwei zentralen Stoßrichtungen zu treffen.⁸¹⁸

Auf die Affronts solcher Art reagierte der nun mit präsidialen Befugnissen ausgestattete Generalsekretär mit erstaunlicher Selbstkritik. Er gestand z. B. vor dem Millionenpublikum ein, dass bereits am Ausgang der Perestroika eine „ernste Krise“ in allen Lebensbereichen vorzufinden gewesen war, begründete den begrenzten Erfolg der bisherigen Reformmaßnahmen mit dem „zerrütteten Finanzsystem“, dem „außer Kontrolle geratenen Verbrauchermarkt“, und nannte zum ersten Mal die Zahlen des Militäretats. Er sei für die Fortführung der radikalen Wirtschaftsreformen, betonte er, doch *ohne* Zulassung des Marktwirtschaftsmechanismus, wie es mittlerweile vielen Anwesenden in diesem Kongress (G. Popov, N. Šmelev) vorschwebte. Sein Konzept hingegen sei eine Mischform zwischen Plan- und Marktwirtschaft, eine „gelenkte Wirtschaft“ mit Verbindung unterschiedlicher Eigentumsformen und ohne „Ausbeutung von Arbeitern“.⁸¹⁹ Die vermittelnde Position Gorbačevs kam auch in seinen Überlegungen zu den politischen Reformen zum Ausdruck, welche mit dem Aufbau eines „sozialistischen“ Rechtsstaates einhergehen und die Sicherung der Menschenrechte in Übereinstimmung mit den internationalen Abkommen, mit den unterschriebenen KSZE-Neuverpflichtungen in Wien, gewährleisten sollten. In diesem Zusammenhang wies er auf die Notwendigkeit hin, neue Gesetze über Presse und Medien, die Religionsfreiheit sowie über gesellschaftliche Vereinigungen zu verabschieden und das Strafgesetzbuch zu erneuern. Insgesamt habe der Oberste Sowjet hier eine Menge Arbeit zu leisten; die Zahl der neuen Gesetze, die notwendig sei, damit die Sowjetunion ein Rechtsstaat werde, sei am Vortag (im Bericht des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Anatolij Lukjanovs) mit mindestens 50 angegeben worden. Im gleichen Schritt kritisierte der Generalsekretär aber auch die „Versuche der Einzelpersonen und Gruppen, ihre Ziele durch die Organisation eines wirren Durcheinanders der Massen“⁸²⁰ zu erzielen, und meinte damit nichts anderes als die Massenkundgebungen, die mit ihren radikalen Forderungen den Machtapparat täglich aufs Neue herausforderten. Als Hauptfrage der politischen Reformen bezeichnete Gorbačev die „Schaffung einer neuen Struktur der Macht- und Verwaltungsorgane“ in den Unionsrepubliken und auf den einzelnen Verwaltungsebenen, die mit der Änderung der entsprechenden Wahlgesetze einhergehen sollten.⁸²¹ In der Nationalitätenpolitik propagierte er

⁸¹⁸ Ähnlich offen wie Vlasov äußerte sich der Schriftsteller Drucé, der einen Wahlkreis der moldauischen SSR vertrat. Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 124–131.

⁸¹⁹ Tatsächlich widersetzte sich Gorbačev dem Privateigentum (vor allem an Grund und Boden) und der Entstaatlichung des Marks als die dem Sozialismus fremden Elemente sehr lange. Erst zum Herbst 1990 ist er unter Druck der Wirtschaftsfachleute zur Erkenntnis durchgerungen, dass ohne marktwirtschaftliche Reformen die „Krise des Sozialismus“ nicht zu bewältigen sei. Vgl. Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 309ff.; Schachnasarow, Georgi: Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater, Bonn 1996, S. 188ff.

⁸²⁰ Pervyj s'ezd, Bd. 1, S. 458f.

⁸²¹ Ebd., S. 255.

das von Lenin erklärte „Prinzip der nationalen Selbstbestimmung“ in einem föderativ aufgebauten Sowjetstaat. Was die liberalen Stimmen im Kongress für die innenpolitischen Verhältnisse forderten, erklärte Gorbačev getreu der Konzeption des „Neuen Denkens“ zu den Grundlagen seiner Außenpolitik: die Entideologisierung und die Orientierung an den allgemeinmenschlichen Werten, wobei der Aufbau eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ bzw. die Fortsetzung des Helsinki-Prozesses zu den Hauptrichtungen der außenpolitischen Tätigkeit der UdSSR erklärt wurden. Diese außenpolitische Sichtweise kontrastierte mit dem Festhalten Gorbačevs an der Avantgarderolle der KPdSU im Inneren, die er in dem Schlusswort des Kongresses abermals unterstrich, er wies damit die Idee einer „konstruktiven Opposition“ entschieden von sich.

Wie sehr Gorbačev es scheute, die Machtstellung der Partei überhaupt zur Disposition zu stellen, zeigten die dramatischen Szenen der letzten Kongresssitzung. Bevor der erste Kongress der Volksdeputierten am 9. Juni offiziell zu Ende ging, wurde über sein Schlussdokument diskutiert, und als ein unbekannter Abgeordneter aus Orenburg, Vjačeslav Šapovalenko, ans Rednerpult trat und eine Erklärung über die Gründung einer unabhängigen „Überregionalen Deputiertengruppe“ verlas, forderte Gorbačev erschrocken, wie sich Andrej Sacharov erinnert, die Übertragung aus dem Kongress einzustellen.⁸²² Für Millionen Fernsehzuschauer erschien in diesem Moment ganz unerwartet eine „völlig verstörte Sprecherin“⁸²³ und erklärte die Direktübertragung für beendet. Da aber der Kongress offiziell noch nicht geschlossen worden war, ließ Gorbačev, „nachdem er sich ein wenig beruhigt und gemerkt hatte, daß keine ‚Palastrevolution‘ bevorstand“, so Sacharov,⁸²⁴ die Kameras wieder einschalten. Entsprechend wenig Beachtung fand bei ihm das „Dekret über die Macht“ von Andrej Sacharov, dessen erster Satz lautete: „Artikel 6 der Verfassung wird aufgehoben“.⁸²⁵ Gorbačevs Weigerung, das Machtmonopol der KPdSU überhaupt zur Diskussion zu stellen, vermochte die für alle offensichtliche Spaltung der Partei jedoch kaum aufzuhalten. Noch während der ersten Session des Kongresses fand im Konferenzsaal des Hotels „Moskau“ am 7. Juni die erste Sitzung einer Gruppe von Abgeordneten statt, die sich aufgrund ihrer demokratischen Reformvorstellungen zusammenfanden und den Beschluss fassten, sich bald formal als eine „Opposition“, wie es Gavriil Popov nach der Bestellung des Obersten Sowjets am 27. Mai einforderte, zu organisieren. Die Gründungskonferenz folgte am 29./30. Juni im „Haus des Kinos“ [dom kino]. Hier waren 316 Deputierte zugegen und debattierten darüber, ob die „Überregionale Deputiertengruppe“ ein Diskussionsklub bleiben oder fest organisierte Formen annehmen sollte. Mehrheitlich sprach man sich für eine feste Organisation aus, ein 25-köpfiger Koordinierungsausschuss und fünf gleichberechtigte Vorstandsmitglieder (Boris El'cin, Jurij Afanas'ev, Gavriil Popov, Viktor Pal'm und

⁸²² Sacharov, *Mein Leben*, S. 880.

⁸²³ Ebd.

⁸²⁴ Ebd., S. 881.

⁸²⁵ Der Text des Dekrets in: Sacharov, *Mein Leben*, S. 884f.

Andrej Sacharov) wurden gewählt. Von den Anwesenden hatten 269 ihre Mitgliedschaft in der „Überregionalen Deputiertengruppe“ angemeldet, was zusammen mit 119 bereits registrierten Mitgliedern, die an diesem Tag nicht an der Konferenz teilnahmen, insgesamt 388 Abgeordnete ergab.⁸²⁶ Obwohl die Moskauer Abgeordneten (69) zur Zeit der Gründung den Kern der Gruppe bildeten, gehörten ihr ebenfalls Gleichgesinnte aus anderen Städten, Unionsrepubliken und sogar autonomen Gebieten an. Die Zusammensetzung der Gruppe bestätigte zudem, dass es sich mehrheitlich um die Intellektuellen, aber auch um die Mitglieder der KPdSU handelte.⁸²⁷

Auf der Gründungskonferenz wurde auch über die Hauptideen der Gruppe abgestimmt, die in den „Thesen zum Programm der praktischen Tätigkeit zur Vertiefung und Realisierung der Perestroika“ und, später weiterentwickelt, in der offiziellen Plattform der „Überregionalen Deputiertengruppe“ Niederschlag fanden. Zentral waren dabei die Forderungen, das politische Monopol der KPdSU durch Streichung des Artikels 6 der Verfassung zu beseitigen; ein neues, auf dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker begründetes und die wahre Souveränität der Republiken versprechendes Verhältnis zwischen der Union und den Republiken zu schaffen; direkte, gleiche, alternative Wahlen bei der freien Kandidatenaufstellung und ein Mehrparteiensystem zu etablieren; die informellen Gruppen und die von der Partei unabhängige Herausgebertätigkeit zu legalisieren; die Produktionsmittel zu entstaatlichen und das Privateigentum zuzulassen.⁸²⁸ Von Jurij Afanas'ev erklang dabei immer wieder die Forderung, sich von der sozialistischen Ideologie endgültig zu befreien und, statt das bestehende System zu „reparieren“, es ganz abzuschaffen. Trotz Einigkeit in diesen Fragen wurde auf den Sitzungen der „Überregionalen Deputiertengruppe“ heftig gestritten und der Gruppe selbst von den anderen informellen Vereinigungen und Journalisten die „Passivität“ und die ungenügende „Radikalität“⁸²⁹ vorgeworfen.⁸³⁰ Und obwohl dieser Zusammenschluss vor dem Hintergrund vieler anderer radikaler informeller Vereinigungen – man denke hier nur an die zeitgleich erhobenen Forderungen der baltischen Volksfronten nach Separation vom Zentrum – kaum das Prädikat „radikale“ Opposition verdient, war eine informelle Parlamentariervereinigung an sich ein radikaler, weil verfassungswidriger Schritt und in seiner Be-

⁸²⁶ Hierfür wie für das Folgende siehe: *Panorama*, Nr. 8, 1989, S. 6; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 73–76; Altrichter, *Russland*, S. 198ff.

⁸²⁷ *Panorama*, Nr. 8, 1989, S. 6; Altrichter, *Russland*, S. 199.

⁸²⁸ Zu den Inhalten siehe: *Panorama*, Nr. 8, 1989, S. 6; „Proekt Platformy Mežregional'noj grupy narodnych deputatov SSRS“, in: RFE/RL *Materialy samizdata*, Nr. 6, 1990, AC 6440; *Vlast' – narodu. Tezisy k programme praktičeskoj dejatel'nosti mežregional'noj grupy narodnych deputatov SSSR po uglubleniju i realizacii perestrojki*, in: *Narodnyj deputat. Special'nyj vypusk: Sovetskij fizik* vom 28. 7. 1989; MN vom 6. 8. 1989, S. 9f.; AiF vom 25. 11. 1989, S. 2.

⁸²⁹ So etwa von der „Moskauer Tribune“, deren Präsidiumsmitglieder Afanas'ev und Sacharov zugleich auch Vorstandsmitglieder der „Überregionalen Deputiertengruppe“ waren. *Panorama*, Nr. 19, 1989, S. 2.

⁸³⁰ *Panorama*, Nr. 10, 1989, S. 3; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 74.

deutung für die weitere Perestroika schwerwiegend. Erstens symbolisierte er das Ende der Parteieinheit und stellte somit das ganze System in Frage. Zweitens wirkte die Gruppe mit ihren Forderungen ermutigend und impulsgebend auf die anderen gesellschaftlichen Vereinigungen. Sie spielte eine bündelnde Rolle bei den Regionalwahlen 1990 und beeinflusste die Arbeit des zweiten Volksdeputiertenkongresses im Dezember 1989 inhaltlich.⁸³¹ Auf dem ersten Deputiertenkongress der RSFSR ein Jahr später wurden bereits über 32 Fraktionsgruppen gezählt.⁸³²

Obwohl die „Überregionale Deputiertengruppe“ und ihre Programmpunkte in der Bevölkerung nachweislich populär waren,⁸³³ reagierte Gorbachev in Vogel-Strauß-Manier: Er hielt bis ins Jahr 1990 hinein am Macht- und Organisationsmonopol der Partei fest, das in der politischen Realität des Landes längst nicht mehr bestand, und suchte seit Herbst 1989 sogar zunehmend Anlehnung an den konservativen Flügel. Es ist naheliegend, dass ein solches Verhalten den ohnehin nicht mehr aufzuhaltenden Autoritätsverlust der KPdSU in der Bevölkerung noch begünstigte. Laut einer Umfrage traute das Volk bereits Mitte 1989 dem Volksdeputiertenkongress mehr als der Partei.⁸³⁴ Die Aura der Autorität der Partei und ihres Vorsitzenden nahm durch die Auseinandersetzungen der Abgeordneten im Kongress, durch die Angriffe der wenig bekannten jungen Deputierten auf Gorbachev und auf die KPdSU ab, während die Reformer ihr politisches Gewicht innerhalb der Gesellschaft ausbauen konnten. Dass die Sympathien der Zuschauer der liberalen Minderheit im Kongress, namentlich Andrej Sacharov, Gavriil Popov, Boris El'cin, Jurij Afanas'ev, also den zentralen Figuren der „Überregionalen Deputiertengruppe“ galten, dokumentierten die Umfragen, die zahlreichen Zuschriften an die Zeitungsredaktionen und die Massenkundgebungen während des Kongresses in Lužniki, welche von „Memorial“, der „Moskauer Volksfront“ und den anderen informellen Gruppen täglich organisiert und besonders nach den umstrittensten Vorgängen im Volksdeputiertenkongress stark besucht wurden.⁸³⁵ So gingen in die Redaktion der Zeitung AiF 3000 Postkarten aus Moskau, über 7000 Zuschriften aus der ganzen RSFSR, 3000 aus der Ukraine und 2000 aus den anderen Republiken ein, in denen größte Sympathien für Sacharov wie auch für Popov, El'cin und Afanas'ev geäußert wurden. Aus einer in der AiF abgedruckten Popularitätstabelle geht außerdem hervor, dass die Abgeordneten mit den demokratischen Reformvorstellungen insgesamt den größten Rückhalt in der Bevölkerung hatten und Gorbachevs Autorität sichtbare Kratzer bekam.⁸³⁶ Die Massenkundgebungen waren wiederum für die Mobilisierung der daran noch nicht beteiligten Bevölkerung und für die Radikalisierung des reformorientierten

⁸³¹ Ebd.

⁸³² AiF vom 9. 6. 1990, S. 2.

⁸³³ Dazu siehe Strukova, Al'ternativnaja, S. 49f.

⁸³⁴ Altrichter, Russland, S. 203; allgemein zur Krise der KPdSU siehe: Ahlberg, Legitimitätskrise.

⁸³⁵ Hierzu siehe eine Sammlung von Erinnerungen, Dokumenten und journalistischen Berichten im Archiv von Igrunov, http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remen/anniversary/; vgl. auch MN vom 11. 6. 1989, S. 14.

⁸³⁶ AiF vom 7. 10. 1989, S. 1.



Andrej Sacharov auf der Massenkundgebung vom 21. Mai 1989 in Lužniki im Vorfeld der ersten Versammlung des Volksdeputiertenkongresses der UdSSR. Auf dem Foto von links nach rechts: Gavriil Popov, Andrej Sacharov und Ales' Adamovič.

(Quelle: Sacharov-Archiv, Moskau)

Flügels innerhalb der Partei sowie für die Auseinandersetzungen im Kongress von entscheidender Bedeutung. So erinnert sich der damalige Abgeordnete, Arkadij Murašev:

„Die Kundgebungen gaben uns die Selbstsicherheit. [...] Dieses Empfinden stattete uns mit dem Gefühl aus, dass wir die wahren Vertreter des Volkes, die Auserwählten sind; es verlieh uns die Kraft, die Courage, die Frechheit. [...] Ein Meeting lud einen [Abgeordneten – A.] dermaßen auf, dass man anschließend in den Kongress oder sonst wohin gehen konnte und sagen: ‚Wir fordern! Hinter uns steht das Volk!‘ Ohne Kundgebungen wäre dieses Gefühl nicht vorhanden gewesen.“⁸³⁷

So hatte die Niederlage der „Reformer“ bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR zu Massenprotesten am 27. und 28. Mai mit bis zu 200 000 Teilnehmern in Moskau geführt.⁸³⁸ Die Versammelten kritisierten das Wahlverfahren, die Person des Vizepräsidenten (Anatolij Lukjanov) und forderten, Boris El'cin auf diesen Posten zu wählen. Die Resolution der Kundgebung verurteilte die Versuche von Gorbachev, den Abgeordneten im Kongress „die eigene Meinung aufzuzwingen“. Sie verlangte unter anderem die Garantie für die Öffentlichkeit der eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Tiflis; die Bildung jeweils einer

⁸³⁷ Vgl. das Interview unter: http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remen/anniversary/murashev.html.

⁸³⁸ *Vesti iz SSSR* 1989: 9/10-9; Sacharov, Mein Leben, S. 851.



Lužniki, 1989

(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

Kommission zur Aufdeckung der Schuldigen der „Afghanistan-Tragödie“, die Untersuchung der „Tragödie von Sumgait“ und der Fakten des psychiatrischen Terrors in den 1970er und 1980er Jahren; die Einführung der namentlichen Abstimmung im Kongress; die Möglichkeit der Vervielfältigung und der Weitergabe der Materialien der „Moskauer Deputiertengruppe“ an die anderen Kongressteilnehmer; die Aufhebung der „antidemokratischen Verordnung“ über die Ausbürgerung von Aleksandr Solženicyn und die Publikation seines Hauptwerks „Archipel Gulag“; die Registrierung der Gesellschaft „Memorial“ und die Legalisierung der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine. Die Resolution rief außerdem alle Bürger zum Boykott der Produktion des Ersten Moskauer Betriebs für die Herstellung der Uhren auf, solange ihm der „volksfeindliche Deputierte Samsonov vorstehe“, der in dem Kongress sein Missfallen an der neuen Versammlungsfreiheit geäußert hatte und nun in einem Appell aufgefordert wurde, von seiner Tätigkeit als Deputierter zurückzutreten.⁸³⁹

Als „antidemokratisch“ wurde die Arbeit des Volkskongresses auf der Kundgebung am 30. Mai kritisiert. In der Resolution wurde u. a. die Streichung des Artikels 6 der Verfassung, die Neubewertung des Gesetzes über die Wahlen, die Abschaffung der Kreiswahlversammlungen, die „feierliche Bekräftigung internationaler Pakte über die Menschenrechte und des Schlussdokuments des Wiener Treffens“ sowie die „direkte Wirkung der von der UdSSR ratifizierten internatio-

⁸³⁹ Rezoljucii obščesozijnogo mitinga v Lužnikach 28 maja 1989 g, in: FSO, F. 52.

nalen Rechtsakte“ verlangt.⁸⁴⁰ Die Unzufriedenheit mit der vom Kongress geleisteten Arbeit brachte die abschließende Kundgebung am 12. Juni zum Ausdruck. Der Volkskongress habe demonstriert, so die verfasste Resolution der Kundgebungsteilnehmer, dass der Parteiapparat es nicht geschafft habe, „ein Programm der radikalen, konsequenten, demokratischen Umgestaltungen“ auszuarbeiten, dass die Grundlagen eines Rechtsstaates nicht gelegt und die Erwartungen des Volkes damit enttäuscht wurden. Der Kongress habe außerdem gezeigt, dass die Machtverteilung in diesem Gremium nicht die Gesellschaft repräsentiere, die in ihrer Mehrheit hinter den reformorientierten Deputierten, hinter der „Überregionalen Deputiertengruppe“ und ihren Ideen stehe.⁸⁴¹

Und in der Tat, auch wenn Boris El'cin am 12. Juni in Lužniki den Verlauf des Kongresses als eine Bestätigung der führenden Rolle der Partei bewertete, in der Gesellschaft hatte die KPdSU nur noch wenig Rückhalt, und die „linke Minderheit“ konnte trotz ihrer numerischen Schwäche im Kongress weit mehr wichtige Entscheidungen durchsetzen als zunächst angenommen: so die fortlaufende Direktübertragung des Kongresses, die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Bewertung der geheimen Zusatzprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt mit der anschließenden Verurteilung ihrer Rechtswidrigkeit oder die Streichung des erst 1988 eingeführten Artikels 11 (1), der die Strafverfolgung wegen „Verunglimpfung des Staates“ in einem erweiterten Sinne vorsah und damit die neue Meinungs- und Pressefreiheit bedrohte. Als Erfolg der Liberalen waren vor allem die folgenden Sätze des politischen Grundsatzabschlusses des Volksdeputiertenkongresses zu bewerten, die den westlich-liberalen Prinzipien eindeutig den Vorzug gaben und sie damit zu den Grundlagen des zukünftigen Staatsgebildes deklarierten:

„Der Kongress geht von der Anerkennung der unantastbaren und heilig unverrückbaren Menschenrechte auf Leben, Freiheit, Unantastbarkeit und Sicherheit der Persönlichkeit und der Wohnung, des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung aus. Jede Verletzung der Menschenrechte und der Rechte der Völker ist unzulässig. Das sowjetische Gesetzgebungssystem, das Gericht und alle Rechtswahrgangsorgane sind aufgerufen, diese Rechte konsequent und streng zu realisieren und zu schützen. Gestützt auf die internationalen Normen und Prinzipien, darunter auf die in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung, in den Helsinki-Vereinbarungen und Abmachungen des Wiener-Folgetreffens enthaltenen, und die nationale Gesetzgebung in Übereinstimmung mit ihnen bringend, wird die UdSSR die Schaffung einer Weltgemeinschaft und von Rechtsstaaten ermöglichen.“⁸⁴²

Im Grunde genommen statuierte diese Passage die erfolgreiche Sozialisation der KSZE-Menschenrechtsnormen in der UdSSR. Ihre Gültigkeit war nicht mehr kontrovers, selbst wenn sie noch nicht von allen im Parteiapparat akzeptiert oder ins nationale Recht umgesetzt worden waren und das Verhalten des Staates in Beziehung zur Gesellschaft diese weiterhin verletzte. Damit erlangten die in den

⁸⁴⁰ Rezoljucii obščesojuznogo mitinga v Lužnikach 30 maja 1989 g., in: FSO, F. 52.

⁸⁴¹ Rezoljucii mitinga-vstreči s narodnymi deputatami SSSR v Lužnikach 12 ijunja 1989 g., in: FSO, F. 52.

⁸⁴² Postanovlenie s'ezda narodnych deputatov sojuza sovetskich socialističeskich respublik, in: Pervyj s'ezd, Bd. 3, S. 408–429, hier S. 421.

öffentlichen Diskursen ohnehin schon aufgewerteten KSZE-Bestimmungen einen „präskriptiven Status“⁸⁴³. Vor dem Hintergrund des im Januar verabschiedeten Schlussdokuments auf dem KSZE-Treffen in Wien avancierten sie zum Argument der Reformer in ihrer Auseinandersetzung mit den Konservativen.⁸⁴⁴

Eine weitere Bedeutung des Volksdeputiertenkongresses (und damit der politischen Reformen des Jahres 1988) bestand darin, dass der Mythos von der Einheit der Partei endgültig zerstört wurde und der öffentliche Sturz der Systemgrundsätze, der Verlust der Werte das politische Bewusstsein der Gesellschaft von Grund auf veränderte. Im selben Maße, wie die alten Werte und Gebote an Anziehungskraft und Gültigkeit verloren, gewannen die Ideen von Demokratie, von politischen und bürgerlichen Freiheiten sowie von Rechtsstaatlichkeit weiter an Zustimmung.

6.4 Die Radikalisierung der gesellschaftlichen Bewegung

Unmittelbar mit dem ersten öffentlichen Kongress verbunden waren der Wandel des politischen Massenbewusstseins, die Erweiterung des Spektrums politischer Vereinigungen und der weitere Machtverlust der KPdSU. Die Kongressdebatten wurden zum ersten Mal direkt in Funk und Fernsehen übertragen und laut einer Umfrage nach dem Ende der ersten Session von 90% der Befragten verfolgt.⁸⁴⁵ Um den Direktübertragungen aus dem Kremlsaal zu folgen, nahm die Bevölkerung Urlaub, ging mit dem Radio auf die Straße und ließ die Arbeit liegen, was dem Staat 20% der ausgefallenen Arbeitsproduktivität kostete.⁸⁴⁶ Den Kongress erreichten im Durchschnitt 9500 Zuschriften pro Tag, und die Abgeordneten wurden von ihren Wählern in den zahlreichen Briefen und Telegrammen gedrängt, bestimmte Probleme zur Sprache zu bringen.⁸⁴⁷

Obwohl von Anfang an eher die Skepsis hinsichtlich der Fähigkeit des Kongresses, die aufgestauten Probleme im Land zu lösen, überwog,⁸⁴⁸ waren die Erwartungen auf eine schnelle Verbesserung der Lage im Falle des Machtübergangs auf die Reformer hoch. Darunter mischte sich auch eine weit verbreitete Illusion, dass mit der Übernahme der westlich-liberalen Prinzipien und Institutionen alle Probleme auf einmal verschwinden würden. Die damals in den soziologischen Umfragen des heutigen Levada-Umfragezentrums⁸⁴⁹ fixierte „Begeisterung“ für die

⁸⁴³ Der Ausdruck ist einem den Sozialisationsprozess der Menschenrechtsnormen beschreibenden Fünfstufenspiralmodell aus dem Fach Politische Wissenschaften entliehen. Risse/Jetschke/Schmitz, *Die Macht der Menschenrechte*, S. 42.

⁸⁴⁴ Hierzu siehe Teil IV der hier vorliegenden Arbeit.

⁸⁴⁵ Angaben nach Altrichter, *Russland*, S. 203 f.

⁸⁴⁶ So die Bilanz von Gorbachev während des zweiten Volksdeputiertenkongresses. Vgl. *Vtoroj s'ezd narodnych deputatov SSSR. 12 – 24 dekabnja 1989 g., stenografičeskij otčet*, 6 Bde., Moskau 1990, Bd. 1, S. 184.

⁸⁴⁷ *Pervyj s'ezd*, Bd. 2, S. 380, 382; Altrichter, *Russland*, S. 176.

⁸⁴⁸ Altrichter, *Russland*, S. 204.

⁸⁴⁹ Damals VCIOM: Allunionscentrum der Erforschung der öffentlichen Meinung [Vsesojuznyj centr izučenija obščestvennogo mnenija]. URL heute: www.levada.ru.



Vertreter der Bergarbeiter begleiten die Delegierten des Volkskongresses in den Kreml. Auf dem Transparent steht die Losung: „Ел'cin, Russland, Moskau“.

(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

demokratischen Werte war daher oft oberflächlicher Natur: „Evident wurde vielmehr eine grelle Explosion demokratischer Sympathien [...], als eine Äußerung bewusster demokratischer Ansichten“.⁸⁵⁰ Trotz dieser Oberflächlichkeit wurden die alte Ordnung, ihre Repräsentanten und Institutionen, mehrheitlich abgelehnt und stattdessen die Elemente der westlichen Demokratien eingefordert. So sprachen sich in einer repräsentativen Umfrage im Juli 1989 lediglich 4 bis 6% der Befragten für die Beibehaltung der bisherigen Machtordnung aus. Und im Dezember 1989 hatten nur noch 19% der Bevölkerung volles Vertrauen zur KPdSU und 34% zu Gorbachev, dafür aber 57% zu Sacharov.⁸⁵¹ Etwa die Hälfte der Befragten im Herbst 1989 und im Verlauf des Jahres 1990 zeigte eine positive Einstellung zum Privateigentum an Produktionsmitteln, zu den privaten Betrieben

⁸⁵⁰ Levada, Jurij (Hrsg.): *Sovetskij prostoј čelovek. Opyt social'nogo portreta na rubeže 90-ch*, Moskau 1993, S. 44. Umso heftiger wurden später die Hoffnungen enttäuscht, als nach der Wahl der führenden Figur der Demokraten, Boris Elcin, zum Staatsoberhaupt des neuen souveränen Russlands und nach der Einführung der Marktwirtschaftsreformen in den 1990er Jahren das Land in eine weit tiefere Staats- und Wirtschaftskrise als in der Zeit der Perestroika stürzte. Mitte der 1990er Jahre traten an die Stelle von „demokratischen Überzeugungen“ und beispielloser politischer Partizipation Nostalgie nach Sowjetzeiten und nach einer „starken Hand“, Apathie und politische Verdrossenheit. Siehe den Ausblick in dieser Arbeit.

⁸⁵¹ Simon, *Verfall und Untergang*, S. 80.

und dem Landbesitz mit der Übergabe des Landes an die Bauern. Der Übergang zur Marktwirtschaft wurde von 62% der Befragten befürwortet und von 21% abgelehnt. Auch die Vereinigung des Amtes des Generalsekretärs der KPdSU mit dem Amt des Präsidenten des Obersten Sowjets in den Händen einer Person, des mehrheitlich dafür gewählten Gorbachev, wurde nur von jedem Elften der Befragten unterstützt, während die Mehrheit eine Machtkonzentration aus Sorge um die neu gewonnenen Freiheiten und wegen der Gefahr des Machtmissbrauchs ablehnte.⁸⁵²

Nicht nur die Kundgebungen in Lužniki, sondern auch die Meinungsumfragen zeigten also, dass sich 1989 ein tiefgreifender Meinungsumschwung zugunsten einer parlamentarischen Demokratie in der sowjetischen Bevölkerung vollzog. „Demokratie – über ein Mehrparteiensystem!“ war die neue Losung der für eine Radikalisierung des Reformprozesses mittlerweile in der ganzen Union demonstrierenden Bevölkerung.

Die Zahl der Veranstaltungen, Meetings, Streiks, spontaner Proteste, Krawalle⁸⁵³ und Aktionen politischer Gruppierungen mit radikalen, antikommunistischen Parolen stieg seit Frühjahr 1989 stark an.⁸⁵⁴ Die Massenstreiks der Bergarbeiter, die am 10. Juli 1989 in Meždurečensk (Westsibirien) als spontane Proteste gegen die sich laufend verschlechternden Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den Kohlerevieren begannen, schlossen schon bald politische Forderungen ein, griffen sofort auf die Steinkohle- und Industriegebiete in den anderen Regionen der Union (Ukraine, Baltikum, Transkaukasien, Moldawien) über und verursachten dem Staat einen Produktionsausfall von mehreren Millionen Tonnen Kohle und einen großen Autoritätsverlust der Partei. Etwa eine Million von insgesamt drei Millionen Bergarbeitern beteiligte sich an den Ausständen.⁸⁵⁵ Die Arbeiterbewegung,

⁸⁵² Ebd., S. 67; Ahlberg, Legitimitätskrise, S. 520.

⁸⁵³ Als Massenkrawalle [bunt] bezeichnete man die „verbrecherische Form, in welcher die Unzufriedenheit mit der Tätigkeit oder der Untätigkeit der Staatsorgane bekundet“ wurde und die sich in der Regel an der Knappheit eines bestimmten Lebensmittels entzündete. Oft begann es mit Streitigkeiten in einer Schlange und ging zu Beschädigungen von Geschäften, lokaler Stadtexekutivkomitees und zu Zusammenstößen mit Polizei sowie OMON über. In der Zeit zwischen 1989–1991 kam es unionsweit zu zahlreichen sogenannten Zucker-, Tabak-, Schnaps-, Nudel- und Seifenkrawallen. Vgl. Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis, S. 101; AiF vom 25. 8. 1990, S. 1; *Panorama*, Nr. 4, 1990, S. 12.

⁸⁵⁴ So fanden sich in diversen Städten teilweise täglich und meistens organisiert durch die informellen Gruppen (wie „Memorial“) Menschen mit demokratischen Forderungen zusammen. Von Ljubarskij sind Kundgebungen u. a. in Leningrad, Tomsk, Irkutsk, Dnepropetrovsk, Magadan und L'vov dokumentiert worden. Vgl. *Vesti iz SSSR* 1989: 9/10-36, 9/10-40, 9/10-43; 11-37, 11-38, 11-43, 11-44, 11-45, 11-46, 11-48.

⁸⁵⁵ Zahlenangaben nach Simon, Verfall, S. 92; die Streikenden von Meždurečensk stellten bereits in dem ersten offenen Brief an die Regierung neben den ökonomischen auch die politischen Forderungen auf: die Streichung aller Privilegien für die Amtspersonen, die unverzügliche öffentliche Besprechung des Projekts der neuen Verfassung usw. *Vesti iz SSSR* 1989: 13/14-11; zu den Bergarbeiterstreiks des Sommers 1989 siehe: Altrichter, Russland, S. 264–272; Šubin, Paradoksy, S. 382–397; Aves, Jonathan: The Russian Labour Movement, 1989–91: the Mirage of a Russian Solidarność, in: Hosking/Aves/Duncan, The Road to Post-Communism, S. 138–156.



Eine der zahlreichen Massenkundgebungen mit der Forderung nach Abschaffung des Artikels 6 der Verfassung.

(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

die sich im Herbst 1989 organisiert hatte („Union der Werktätigen von Kuzbass“, „Die Arbeiterunion“ der Stadt Volgodonsk, unabhängige Gewerkschaften und viele andere organisierte Zusammenschlüsse), war in erster Linie gegen das bestehende System gerichtet, denn die weit verbreiteten Forderungen der Streikenden nach der Streichung des Artikels 6 der Verfassung, nach den Garantien der Meinungs-, Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheiten gingen über die ursprünglichen Belange der Streikenden weit hinaus, waren hoch politisch und widersprachen den herrschenden Ordnungsprinzipien des Sozialismus, in dem es per Definition keine Streiks geben dürfte.⁸⁵⁶ Ein Jahr später erfasste die Streikwelle mindestens zwei Millionen Bergarbeiter und die politischen Forderungen (Selbstständigkeit für Betriebe, Neuwahlen, Rücktritt von Ligačev, Ryžkov und sogar Gorbacëv) nahmen immer mehr Raum ein.⁸⁵⁷ Streikaktionen griffen auf die anderen Branchen über und wurden in der ersten Hälfte von 1990 fast schon zum Normalfall.⁸⁵⁸

Ein besonders kurioses Bild muss ein unsanktioniertes Meeting der Leningrader Miliz im April 1989 in Leningrad geboten haben. Mitten im Zentrum von

⁸⁵⁶ Vgl. etwa die Inhalte des Programms der „Union der Werktätigen von Kuzbass“ und der „Arbeiterunion“ der Stadt Volgodonsk, in: Koval', B.I. (Hrsg.): *Rossija segodnja. Političeskij portret, 1985–1990 gg.*, Moskau 1991, S. 331–333, 358–363, vgl. in dem Teil 2 dieses Bandes ebenfalls die Programmpunkte einer Vielzahl anderer Arbeitervereinigungen.

⁸⁵⁷ Simon, *Verfall*, S. 93; MN vom 2. 9. 1990, S. 6f.

⁸⁵⁸ *Vesti iz SSSR* 1989: 12–38, 39; 13/14–41, 42, 43; 17/8–84, 86, 90, 91.



Demonstranten vor dem Redaktionsgebäude der Parteizeitung „Pravda“ (Wahrheit). Das russische Wort auf dem Plakat, das aus den Schlagzeilen der „Pravda“ zusammenmontiert ist, heißt „Lüge“.
(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

Leningrad, auf dem Palast-Platz, versammelten sich am 9. April bis zu 600 Milizmänner, die neben sozial-ökonomischen Forderungen auch nach Rechtsgarantien für sich verlangten und in einer Resolution an das Parteistadtkomitee ihren Unwillen bekundeten, künftig gegen die Versammlungen der Informellen eingesetzt zu werden. Die Komik der Situation bestand außerdem darin, dass die zur Auflösung der Kundgebung entsandten OMON-Truppen sich den Demonstrierenden anschlossen.⁸⁵⁹

Obwohl viele Kundgebungen spontan und ein Ausdruck der Perspektiv- sowie Trostlosigkeit angesichts des permanenten Mangels an elementarsten Gebrauchs- und Verbrauchsgütern waren, in der Mehrheit transportierten sie neben den sozial-ökonomischen auch die politischen Forderungen und richteten sich gegen die eigene Regierung und ihre Unfähigkeit, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Kundgebungen und Demonstrationen wurden zur täglichen Ausdrucksform von Millionen von Menschen in der ganzen Sowjetunion, wobei die Forderungen der Demonstrierenden immer radikaler wurden. Parolen wie „Weg mit dem Leninismus!“, „KPdSU auf den Müllhaufen der Geschichte!“ oder „Das 70-jährige Expe-

⁸⁵⁹ *Panorama*, Nr. 2, 1989, S. 2.



Antikommunistische Massenkundgebung vom 24. Februar 1990 in Moskau.

(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

riment am Volk ist misslungen!“ waren 1990 keine Ausnahmen mehr und zielten auf die Liquidierung des Sowjetstaates ab.⁸⁶⁰

An einigen Orten führten die Aufstände zur Absetzung der Parteiführung. So wurden Ende 1989 die Ersten Sekretäre in Tjumen, in Volgograd, in Černigov und in Baku abgesetzt. Im Februar 1990 begann eine „Welle von Rücktritten“ auf der Ebene der Regionskomitees.⁸⁶¹ Als im Januar 1990 die Zentralregierung in Azerbajdžan militärisch intervenierte, um die Machtübernahme durch die nationale Volksfront zu verhindern und dabei ein Blutbad mit mindestens 115 Toten anrichtete,⁸⁶² war die Situation in der ganzen Union stark aufgeladen. Laut einer Umfrage erwarteten im Februar 59% der Befragten eine weitere Anspannung der politischen Lage.⁸⁶³ Zum Jahrestag der Februar-Revolution am 24. Februar 1990 fanden unionsweit die größten antikommunistischen, die Partei zum Verzicht auf das Machtmonopol auffordernden Kundgebungen statt. Allein in Moskau sollen bis zu einer halben Million Menschen daran teilgenommen haben.⁸⁶⁴

Auf dem ZK-Plenum der KPdSU (5.–7. Februar 1990) wurde schließlich auf Initiative von Gorbatschow der zentralen Forderung der gesellschaftlichen Bewegung nachgegeben. Auf dem außerordentlichen dritten Volkskongress der UdSSR am

⁸⁶⁰ Vesti iz SSSR 1989: 12-28, 29, 30, 31, 32; 13/14-19, 35, 36, 19/20-75, 21/22-36, 23/24-15; vgl. in jeder Ausgabe die Berichte zur Lage in den Einzelrepubliken.

⁸⁶¹ Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 283f.

⁸⁶² Vgl. MN vom 28. 1. 1990, S. 8, 12. 8. 1190, S. 15.

⁸⁶³ MN vom 27. 5. 1990, S. 9.

⁸⁶⁴ *Panorama*, Nr. 3, 1990, S. 1-4.

14. März 1990 wurden die entsprechenden Änderungen des Artikels 6 der Verfassung und der Machttransfer von der KPdSU auf das neu eingerichtete Amt des Präsidenten⁸⁶⁵ vorgenommen.⁸⁶⁶ Das Amt des nur indirekt gewählten Präsidenten sah keine Folgepflicht gegenüber den Anweisungen des Politbüros mehr vor und war von der Parteinomenklatura, aber auch von den Wählern unabhängig. Die Bedeutung des Politbüros wurde durch die Schaffung zweier neuer Staatsorgane, des Präsidialrats und des Föderationsrats (als eine Art Ersatz für das Politbüro gedacht) sowie durch die Tatsache verringert, dass Gorbachev selbst immer weniger willens war, Sitzungen des Politbüros abzuhalten. Somit bestand für Gorbachev keine Gefahr mehr, wie Nikita Chruschtschow als Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU gestürzt zu werden, und es waren alle Voraussetzungen für eine große Machtkonzentration und einen eigenen politischen Kurs gegeben. Diese wurden jedoch von Gorbachev nicht genutzt. Vielmehr verlor er seitdem zunehmend die politische und die soziale Basis seiner Macht. Für die demokratische Öffentlichkeit kamen diese Schritte außerdem zu spät. Weder die erzwungene Aufhebung des fixierten Machtmonopols der Partei noch die Wahl Gorbachevs zum Präsidenten mit nur 50,2% der Abgeordnetenlisten⁸⁶⁷ durch den Volkskongress am 14. März 1990 konnten den Machtverlust der KPdSU, den weiteren Autoritätsverfall Gorbachevs und die Radikalisierung der Forderungen aufhalten. Ein großer Teil der polarisierten Gesellschaft und ihre geistig-politische Elite verlangten neben dem Machtverzicht der Partei auch die Liquidierung aller Formen der Kontrolle durch diese in allen Staatsorganen, die Enteignung und die Nationalisierung des Parteivermögens, die Entmachtung des KGB, die Freigabe des Privateigentums mit der Zulassung der Marktwirtschaft, die unverzügliche gesetzliche Garantie der bürgerlichen und politischen Freiheiten mit der neuen Verfassung, die Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages und die Souveränität Russlands.⁸⁶⁸ Hinzu kamen die Anforderungen an Michail Gorbachev und an die gesamte Unionsregierung zurückzutreten.⁸⁶⁹ Eine Welle von Demonstrationen erfasste die RSFSR noch im Vorfeld der Wahlen zu den lokalen Sowjets im März 1990 und führte dem Machtapparat seine eigene Machtlosigkeit vor Augen. Allein am 25. Februar wurden in der ganzen Sowjetunion 350 Kundgebungen bekannt, obwohl die Parteiorgane sich mit

⁸⁶⁵ Hierfür wie für das Folgende vgl. Šubin, Aleksandr: Gesetz der UdSSR über die Einrichtung des Amtes des Präsidenten der UdSSR sowie Änderungen und Ergänzungen der Verfassung (Grundgesetz der UdSSR), 14. März 1990, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte. http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0019_pra&object=abstract&st=&dl=de; Brown, Der Gorbatschow-Faktor, S. 327–341.

⁸⁶⁶ Vneočerednoj tretij s'ezd narodnych deputatov SSSR. 12–15 marta 1990 g., stenografičeskij otčet, Bd. 3, Moskau 1990, S. 192–207.

⁸⁶⁷ „Für“ ihn stimmten 1329 Volksdeputierte, „dagegen“ – 459; ebd.

⁸⁶⁸ Diese Forderungen vereinten etwa die einflussreichsten informellen Gruppen, die sich im Vorfeld der Wahlen zu den Sowjets 1990 in die „Überregionale Assoziation demokratischer Organisationen“ zusammengeschlossen hatten. *Vybory* – 90, Nr. 4, 1990, S. 2; vgl. auch das Wahlkampfprogramm von Boris Eltsin vom Mai 1990 in: *Golos izbiratelja*, Nr. 8, 1990, S. 1 f.

⁸⁶⁹ AiF vom 20. 9. 1990, S. 1.

Machtdemonstrationen und Einschüchterungen darauf vorbereitet hatten.⁸⁷⁰ Die zentrale Forderung der Demonstrierenden war der Rücktritt der Regierung und ein „Runder Tisch“ der Regierenden mit den Vertretern der demokratischen Bewegung nach dem Vorbild Polens.⁸⁷¹ Selbst die traditionelle Parade der Werktätigen am 1. Mai auf dem Roten Platz am Lenin-Mausoleum vorbei wurde zu einer der größten Massendemonstrationen *gegen* die seit fast 73 Jahren bestehende Ordnung und zum öffentlichen Gespött des neuen Präsidenten. Die Parolen „Weg mit dem Politbüro!“, „Schluss mit dem Leninkult!“ und die an Gorbachev gerichteten ächtenden Zwischenrufe wie „Schande!“ und „Nieder!“ veranlassten das Staatsoberhaupt sogar die Bühne vorzeitig zu verlassen.⁸⁷²

Laut Černjaev trieben jedoch die Massenkundgebungen Gorbachev, dem es immer weniger gelang, zwischen den Orthodoxen und den Reformern zu lavieren, umso mehr in die Hände der Ersteren, sodass seine innenpolitischen Schritte immer weniger mit seinen Überzeugungen, mit den öffentlichen Verlautbarungen und vor allem mit den außenpolitischen Entwicklungen übereinstimmten.⁸⁷³ Die Diskrepanz zwischen den weiteren Reformen und den Entwicklungen im Rahmen des KSZE-Prozesses wurde in der Zeit zwischen 1990 und 1991 daher zunehmend größer.⁸⁷⁴

Die im Verlauf des Jahres 1990 in allen Unionsrepubliken abgehaltenen Wahlen zum Obersten Sowjet und zu den lokalen parlamentarischen Vertretungen setzten den Trend der Wahlen von 1989 fort. Außer den islamischen Unionsrepubliken mussten die Kommunisten überall Niederlagen einstecken, während bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der baltischen Staaten, Georgiens, Armeniens und der Moldawien die nichtkommunistischen Kandidaten sogar die Mehrheit gewannen.⁸⁷⁵ Im Sommer 1990, nachdem der am 29. Mai zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet der RSFSR gewählte El'cin auf dem letzten, dem XXVIII. Parteitag der KPdSU seinen Austritt aus der Partei und mit ihm die meisten Aktivisten der „Demokratischen Plattform“ ebenfalls ihren Austritt verkündet hatten, und nachdem Russlands Kongress der Volksdeputierten die RSFSR am 12. Juni 1990 für souverän erklärt hatte, war die KPdSU nur noch eine politische Partei unter vielen anderen und Michail Gorbachev ein „General ohne Truppen“⁸⁷⁶. Der Zu-

⁸⁷⁰ So wurde von den Warnungen und Gefahren einer Teilnahme an den Kundgebungen durch die Staatsmedien und die Flugblätter berichtet; rund um Moskau bereitete sich der Machtapparat mit einem größeren Aufgebot von Polizei- und Militärkräften vor; für die Ablenkung der Massen wurden offizielle Feiern und Veranstaltungen durchgeführt, manche Meetings wurden einfach von den lokalen Parteiorganen verboten usw. Vgl. AiF vom 3. 3. 1990, S. 2; *Vybory-90*, Nr. 10, S. 1; RM vom 2. 3. 1990, S. 1–4; vgl. auch die Politbürogespräche anlässlich der Kundgebungen am 21. und 24. Februar, V Politbjuro, S. 594, 597 f.

⁸⁷¹ Eine Reihe an Losungen ist in RM vom 2. 3. 1990, auf S. 1–4, nachzulesen.

⁸⁷² Vgl. *Golos izbiratelja*, Nr. 9, 1990, S. 1–3; MN vom 13. 5. 1990, S. 6; vom 22. 7. 1990, S. 6.

⁸⁷³ Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 286.

⁸⁷⁴ Siehe Teil IV der vorliegenden Arbeit.

⁸⁷⁵ Simon, *Verfall*, S. 83 f.; *Vybory-90*, Nr. 11, 1990, S. 7 f.

⁸⁷⁶ So der bildhafte Vergleich von Manfred Hildermeier. Vgl. Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, S. 1052.

sammenbruch des Systems lag zu diesem Zeitpunkt bereits in der Luft. Anatolij Černjaev notierte am 22. September 1990 in seinem Tagebuch:

„Die zentrifugalen Tendenzen, die von Gorbatschows Ideen ausgelöst wurden, stellen Zentrum, Kongreß, Obersten Sowjet, den Präsidenten und die Regierung ins politische Abseits. Tage, Wochen vergehen ... und jeden Moment kann alles zusammenbrechen. Im Alltag läßt sich immer klarer erkennen: Ein Wechsel der Staatsordnung geht vor sich.“⁸⁷⁷

Als Ausdruck des bevorstehenden Wandels weitete sich die radikal-demokratische Bewegung seit 1989 fortdauernd aus. Während viele der in dieser Studie bereits vorgestellten informellen Vereinigungen ihre Tätigkeit fortsetzten und zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen untereinander Koalitionen bildeten, entstanden 1989/1990 und oft auf der Basis der schon bestehenden Gruppen viele neue informelle Vereinigungen, Volksfronten und Parteien demokratischer Ausrichtung. Im März 1989 erfolgte die Gründung des Bundes sozialen Schutzes für Wehrbedienstete und ihrer Familienangehörigen „Lanze“, der als Ziel seiner Tätigkeit die Verteidigung der sozialen und persönlichen Rechte und Interessen der Armeeangehörigen, die Entfernung der Politorgane aus der Armee und die Schaffung einer Berufsmarine verfolgte. Mit einem Kongress ein Jahr später war mit der Gründung dieser Gruppe eine Art Bürgerrechtsbewegung innerhalb der Sowjetarmee entstanden, die Fälle von Missbrauch und die katastrophalen Lebensverhältnisse in der Armee öffentlich machte und sich darüber hinaus mit der Nominierung eigener Kandidaten bei den Regional- und Kommunalwahlen im März 1990 beteiligte.⁸⁷⁸ Im März 1989 fand die Gründungsversammlung von „April“ statt, einer Schriftstellervereinigung zur Unterstützung der Perestroika. Zwei Monate nach ihrer Gründung zählte sie bereits an die 500 Mitglieder, unter denen auch Vertreter aus der „Überregionalen Deputiertengruppe“, der „Moskauer Tribüne“ und von „Memorial“ waren. Neben dem erklärten Hauptziel, die „Autorität der Schriftsteller zu erhöhen“,⁸⁷⁹ war „April“ darüber hinaus als eine Menschenrechtsgruppe tätig, beteiligte sich aktiv an den Wahlkämpfen bei den Wahlen 1990 und an den politischen Massenaktionen.⁸⁸⁰ Im März 1989 wurde die „Unabhängige Assoziation der Psychiater“ gegründet, die bald als Mitglied der „Weltweiten Union der Psychiater“ aufgenommen wurde.⁸⁸¹ Im Herbst 1989 kam es in der Wohnung des ehemaligen politischen Gefangenen Aleksander Lavut zur Neugründung der MHG, die allerdings prinzipiell formlos und in einer neuen personellen Zusammensetzung erfolgte. Als Koordinator der Gruppe agierte zunächst der ehemalige politische Gefangene Aleksej Smirnov.⁸⁸² In einem Interview der

⁸⁷⁷ Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 318.

⁸⁷⁸ Vgl. Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 80f.; *Vesti iz SSSR* 1989: 19/20–26; *Vybory* – 90, Nr. 4, 1990, S. 6f.

⁸⁷⁹ Vgl. Pristavkin, A.I. (Hrsg.): *April*, Moskau 1989, S. 11.

⁸⁸⁰ Ebd., S. 9–15; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 81; Kochanowskij, Igor W.: Widerstand. Zur Gründung und zu den Zielen der Schriftstellergruppe „April“, in: *Osteuropa*, 1990, S. 627–634.

⁸⁸¹ *Pravozaschitnyj vestnik. Informacionno-analitičeskij bjulleten'*, Nr. 1, 1992, S. 9f.

⁸⁸² Dazu Briefverkehr der Autorin und Interview mit Smirnov.

Zeitung *Moskovskie Novosti* erklärte Larisa Bogoraz die Schaffung eines „Rechtsbewusstseins in der Bevölkerung“, die „Förderung der Wiedergeburt der gesellschaftlichen Initiativen“, zu den Zielsetzungen der neuen MHG und äußerte die Hoffnung auf die baldige Registrierung der Gruppe.⁸⁸³ Wie die meisten Bürgerrechtsinitiativen beschränkte die MHG ihre Tätigkeit nicht mehr auf die Menschenrechtsfragen, sondern beteiligte sich an politischen Aktionen und an den Bestrebungen einer Vielzahl informeller Gruppen, sich durch Bildung von Koalitionen untereinander zu einer einflussreichen politischen Opposition zu vereinigen.⁸⁸⁴

Die Konsolidierung demokratischer Kräfte wurde 1989/1990 vielerorts versucht. Auf einer Konferenz der demokratischen Organisationen und Bewegungen mit Vertretern von 102 hauptsächlich in Russland tätigen Vereinigungen im Oktober 1989 in Čeljabinsk vereinigten sich die demokratisch gesinnten Gruppen in eine Art „Unterbau“ der „Überregionalen Deputiertengruppe“, in die „Überregionale Assoziation demokratischer Organisationen“. Aufgrund inhaltlicher Differenzen und persönlicher Feindschaften erwies sich die Vereinigung jedoch bald als nicht lebensfähig und stellte ihre Tätigkeit bis zum Juli 1990 praktisch ein.⁸⁸⁵ Auch die im Januar 1990 von „Memorial“, der „Moskauer Tribüne“ und der „Moskauer Wählervereinigung“ ins Leben gerufene „Bürgeraktion“ wirkte nicht lange. Ihren Beispielen folgten aber weitere Koalitionsbildungen, deren erfolgreichste der im Vorfeld der RSFSR-Wahlen im März 1990 gebildete Wählerblock „Demokratisches Russland“ war. Dieser entstand im Januar 1990 als Block „Wahlen-90“ in Moskau, führte als Mitglieder unter anderem solche Vereinigungen wie „Memorial“, „Lanze“, „Moskauer Tribüne“, „April“, „Überregionale Assoziation demokratischer Organisationen“ und die „Volksfront der RSFSR“ zusammen und spielte im März 1990 eine wichtige Rolle im Wahlkampf sowie als Organisator der größten Kundgebungen vom Februar 1990.⁸⁸⁶ Als Nachfolgerin des genannten Wählerblocks trat seit dem Herbst 1990 mit dem Ziel der Durchführung radikaler politischer und sozio-ökonomischer Reformen der gleichnamige Block von Parteien, Bewegungen und einzelner Bürger an.⁸⁸⁷ Ähnliche Zusammenschlüsse

⁸⁸³ MN vom 15. 10. 1989, S. 13; Deklaracija Moskovskoj Čel'sinsknoj Gruppy, 28. 9. 1989, in: OSA, F. 318, S. 3, B. 80, Russia: Human Rights; General, 1983–1992. Die Vielzahl neuer Mitglieder, die Unklarheit der Ziele angesichts einer neuen politischen Lage und die finanziellen Zuschüsse aus dem Westen führten jedoch von Beginn an zu persönlichen Konflikten innerhalb der MHG, die bis heute Bestand haben. Ein Paradebeispiel der heutigen Differenzen stellt der offene Brief des ehemaligen MHG-Mitglieds, Jurij Jarym-Agaev, an die „alten Freunde Bürgerrechtler“ dar: Otkrytoe piš'mo moim starym druž'jam pravozasčitnikam, www.hro.org/ngo/discuss/ya [gesehen am 8. 5. 2009]. Interview mit Smirnov.

⁸⁸⁴ So nahm die MHG an der Bildung des „Runden Tisches“ in Moskau teil. Vgl. *Vesti iz SSSR* 1989: 13/14–18; 15/16–31.

⁸⁸⁵ Berezovskij/Krotov/Červjakov, *Rossija*, Kn. 4, S. 18ff.; *Panorama*, Nr. 11, 1989, S. 4; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 95f.

⁸⁸⁶ Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 96; *Panorama*, Nr. 2, 1990, S. 11; vgl. das Informationsblatt *Vybory – 90*, hier insbesondere Nr. 6, 1990, S. 4f.

⁸⁸⁷ Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 110f; Luchterhandt, Galina: *Die politischen Parteien im neuen Rußland: Dokumente und Kommentare*, Bremen 1993, S. 30–44.

bildeten sich auch in der Ukraine und in Belarus unter dem Namen „Demokratischer Block“ sowie in einzelnen Großstädten.⁸⁸⁸ Aus den Klubs gingen in dieser Zeit die ersten Parteien hervor: Die „Christlich-Demokratische Union Russlands“ auf Initiative des Bürgerrechtlers Aleksandr Ogorodnikov; die „Partei der Konstitutionellen Demokraten“ auf der Basis der Gruppe „Bürgerliche Würde“; die „Sozial-demokratische Partei Russlands“, an deren Gründung vor allem der Klub „Demokratische Perestroika“ beteiligt war usw. Paradoxerweise unterschieden sich die neuen Gruppierungen in ihren Ideen und Zielsetzungen kaum voneinander und waren dennoch unfähig, eine einheitliche Opposition zu bilden.⁸⁸⁹

Das Spektrum politischer Vereinigungen und Bürgerrechtsgruppen weitete sich in der ganzen Sowjetunion aus, wobei gleichzeitig auch der national-konservative Block⁸⁹⁰ sich zu formieren begann und die Position des „Zentrums“ praktisch fehlte. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass die Tätigkeit der alten und die Bildung neuer politischer Organisationen und Parteien weiterhin im Widerspruch zur Unionsverfassung erfolgten und das bis März 1990 noch bestehende politische Monopol der KPdSU untergruben. Doch anders als früher legitimierten jetzt viele von diesen gesellschaftlichen Initiativen ihre Tätigkeit mit dem Schlussdokument des KSZE-Treffens in Wien, das Moskau unter dem Eindruck der innenpolitischen Entwicklungen im Januar 1989 unterzeichnete.

7. Zwischenfazit

Es ist schwierig zu bestimmen, inwiefern der im Zeichen des „Neuen Denkens“ vollzogene Strategiewechsel der Sowjetunion auf dem KSZE-Folgetreffen in Wien den innenpolitischen Demokratisierungsprozess bestimmte, war er doch selbst in erster Linie das Produkt der begonnenen Perestroika. Doch ist es offensichtlich, dass die zentralen Ideen der KSZE-Schlussakte dem Konzept des „Neuen Denkens“ und der Perestroika zugrunde lagen, während der in Wien erhobene Anspruch der Sowjetunion auf die moralische Äquivalenz mit den westlichen Demokratien und der Demokratisierungsdruck der westlichen KSZE-Staaten zu den effektiven Triebkräften der innersowjetischen Liberalisierungsmaßnahmen und ihrer konsequenten Fortsetzung bzw. Vertiefung wurden. Die Freigabe einzelner Freiheiten war somit von mehreren interdependenten Zwängen diktiert. In erster Linie dienten sie der Optimierung des bestehenden Systems und standen im Dienste der Wirtschaftsreformen; zugleich entbehrten sie nicht einer moralischen bzw. visionären Komponente und waren – die eine Maßnahme mehr (Emigrati-

⁸⁸⁸ Vgl. Duncan, Peter J.S.: The Rebirth of Politics in Russia, in: Hosking/Aves/Duncan, The Road to Post-Communism, S. 67–120, hier S. 81.

⁸⁸⁹ Vgl. Simon, Verfall, S. 97f.

⁸⁹⁰ Zu den verschiedenen Vereinigungen siehe folgende Überblicksdarstellungen: Duncan, The Rebirth of Politics; Tolz, Vera: The Emergence of a Multiparty System in the USSR, in: RL, Report, Vol. 2, Nr. 17, 1990, S. 5–11; Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis, S. 75–94.